

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Vor der Kommunalwahl: Proteste gegen Pro Köln, eine rechte Gruppierung, die mit aggressiver Ausländerfeindlichkeit Wahlkampf macht.

- *Linke-Parteitag: Vor wichtigen Wahlen – S. 2*
- *Blick zurück, relative Geschlossenheit – schön und gut, was aber sind die konkreten Projekte der Linken? – S. 4*
- *Goslar: Gute Ergebnisse für die Linke bei den Ratswahlen – S. 10*
- *Sind 45 Jahre Rentenbeiträge genug? – S. 16*
- *Die Geschichte der Ukraine – S. 18*

Ausgabe Nr. 5 am 15. Mai 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln. **Abos:** Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Parteitag Die Linke in Berlin

Vor wichtigen Wahlen

Der Berliner Parteitag Die Linke fand zwei Wochen vor der Europawahl sowie von Kommunalwahlen in zehn Bundesländern statt. Im August sind in Sachsen und im September in Thüringen und Brandenburg Landtagswahlen, an die in der Linkspartei hohe Erwartungen gestellt werden, wiewohl die, in Thüringen mit Bodo Ramelow den ersten Ministerpräsidenten zu stellen. Vor diesem Hintergrund hatten weder Ost- noch Westdelegierte Interesse an strittigen Themen und innerparteilichen Auseinandersetzungen, zudem die Erinnerungen an die Zeit vor dem Göttinger Parteitag vor zwei Jahren noch frisch sind, als die Linkspartei kurz vor der Spaltung stand. Dementsprechend verlief der Parteitag relativ friedlich, ohne dass natürlich die unterschiedlichen Politikstile und Widersprüche verschwunden sein können. Auf dem Parteitag und in den Medien wurde gewürdigt, dass es unter dem Vorsitz von Katja Kipping und Bernd Riexinger gelungen sei, den Laden zusammenzuhalten. Es gab aber auch in den Medien die Kritik, dass es aus der Parteispitze keine inhaltlichen Akzente gäbe und die Befriedung der innerparteilichen Flügelkämpfe alleine nicht ausreiche.

Vorstandswahlen

Erwartungsgemäß wurde beide wiedergewählt, Katja Kipping mit 77,3 und Bernd Riexinger mit 89,7 Prozent. Als Stellvertreter/innen wurden gewählt Caren Lay (55 %), Janine Wissler (83 %), Tobias Pflüger (54 %) und Axel Troost (55 %). Für viele überraschend nicht zum Stellvertreter gewählt wurde mit 49 Prozent der zum Reformflügel zählende Dominic Heilig. Seine Wahl galt als relativ sicher, zumal die Ost-Landesverbände rund Zweidrittel der

Delegierten gestellt haben. Aber es hat sich ja schon öfter gezeigt, dass eine bestimmte Strömungszugehörigkeit so einfach auch nicht ausreicht, und es wichtig ist, sich mit der Bewerbungsrrede zu präsentieren. So wusste Pflüger mit Antikriegsrhetorik zu punkten und er hatte die Unterstützung von Sahra Wagenknecht. Seine Wahl hätte fast zur Nichtkandidatur von Matthias Höhn zum Bundesgeschäftsführer geführt, der dann doch kandidierte und mit 77 Prozent gewählt wurde. Der bisherige Schatzmeister Raju Sharma (44 %) unterlag gegen Thomas Nord (53%). Die Parteisprecher hatten Thomas Nord unterstützt, u.a. weil sich die Zusammenarbeit mit Raju Sharma in der vergangenen Amtsperiode als schwierig erwiesen haben soll, und er zudem seit Anfang dieses Jahres wieder in der Staatskanzlei in Kiel in Vollzeit arbeitet.

Die zeitlose Linke

Bernd Riexinger hielt eine Rede mit Forderungen zu mehr Demokratie auch in den Betrieben, zu guter Bezahlung und gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, für Friedens- und Entspannungspolitik, etc. Das sind alles richtige Inhalte, die so oder ähnlich auch auf einer Gewerkschaftsversammlung hätten gehalten werden können: „... zeitlos, fast ohne aktuellen Bezug“, stellt Zeit-online am 10. Mai fest. Als zentrale Frage der Linken stellte Riexinger die Umverteilung von Einkommen und Vermögen in den Mittelpunkt für einen Politikwechsel.

Verantwortung der EU und Nato für die Ukraine Krise

Katja Kipping kritisierte in ihrer Rede auch die innenpolitischen Verhältnisse in Russland. In den Medien wurde das

Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen.

DIE LINKE.

Vermögensabgabe,
Bankenkontrolle,
Steuergerechtigkeit.

www.hier-und-in-europa.de

als ein Grund dafür gesehen, dass ihr Wahlergebnis nicht so gut war. Diese Einschätzung ist vor dem Hintergrund der Debatte um die Ukraine-Resolution wahrscheinlich richtig. Es war auffällig, dass fast ausschließlich Ostdelegierte, meist mit einem biographischen Zugang zu russischer Kultur und Sprache, kritische Worte auch zum Vorgehen Russlands fanden. Gregor Gysi und andere mahnten einen differenzierten Umgang mit dem Ukraine-Konflikt an, mit Blick auf alle Beteiligten, und kritisierten die anderen Parteien für ihre Einseitigkeit gegen Russland. Es dürfe keine Entweder-Oder-Entscheidung für die Ukraine geben. So ist es ein Verdienst der Linkspartei, die große Verantwortung der EU und der Nato für die Eskalation in der Ukraine in die öffentliche Debatte zu tragen. Außerdem schlägt sie in der Resolution die Einführung eines neuen kollektiven Sicherheitssystems vor und die Stärkung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE).

Grußwort der Gewerkschaft IG Metall

Hans Jürgen Urban von der IG Metall stellte fest, dass die Zeiten der „privilegierten Partnerschaft“ mit nur einer Partei vorbei sind, betonte aber seine Nähe zur Linkspartei. Er kritisierte das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA, bekräftigte aber, dass die IG Metall generell für eine Stärkung des Freihandels sei, wenn es der Wohlfahrt diene. Das stand im gewissen Kontrast zu der Diskussion, die im weiteren Verlauf des Tages um die Resolution zum TTIP geführt bzw. nicht geführt wurde. Wie steht die Linkspartei eigentlich generell der Idee des Freihandels gegenüber? Das wurde ausgeklammert. Hans Jürgen Urbans Rede wurde freundlich aufgenommen. Michael Erhardt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Frankfurt und Wiesbaden, wurde aber später nicht in den erweiterten Vorstand gewählt, wie auch sonst kein namhafter Gewerkschaftsvertreter.

Anträge zur Kommunalpolitik und weitere

In zwei Wochen sind auch einige Kommunalwahlen. Dagmar Zoschke, Michael Faber, Christina Emmerich, Felicitas Weck und andere erinnerten an das starke kommunalpolitische Profil als Partei, die sich um die konkreten Probleme vor Ort kümmert. Deshalb müsse das kommunalpolitische Gesicht der Partei gestärkt und die Kommunalpolitiker/innen vor Ort von der gesamten Partei unterstützt werden. Die entsprechende Resolution wurde einstimmig verabschiedet. Unstimmigkeiten gab es bei einem Antrag aus NRW, die Bundestagsfraktionsspitze müsse demnächst quotiert sein. Halina Wawzyniak, Bundesvorstandsmitglied

passt auf

DIE LINKE.

Frieden sichern,
Millionäre besteuern,
Altersarmut verhindern,
Beschäftigung schaffen,
Demokratie stärken.

www.hier-und-in-europa.de



Großflächenplakate der Linken im Europawahlkampf

und Bundestagsabgeordnete, argumentierte, dieses sei Sache der Fraktion. Trotzdem erhielt dieser Antrag eine Mehrheit. Angenommen wurden auch Anträge zur Solidarität mit Venezuela, zur Solidarität mit Flüchtlingen, zur Notwendigkeit verstärkten antifaschistischen Engagements, ein Antrag gegen TTIP und Ceta, ein Antrag gegen den Drohnenkrieg und eine Reihe weiterer Anträge zu sozialen Kämpfen, wie die zur Unterstützung der internationalen Blockupy-Aktionstage. Die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen wurde aus Zeitgründen vertagt.

Keine Einschränkung der Rechte der Zusammenschlüsse

Am ersten Sitzungstag am Freitag ging es zum größten Teil um Satzungsänderungen, die jeweils vom Parteivorstand, dem Landesverband Sachsen, dem Forum demokratischer Sozialismus (FdS) und einigen anderen eingebracht worden sind. Dabei ging es nicht nur um regulatorische Klarstellungen und Verfahrensverbesserungen. So hatte das FdS beantragt, dass auch die größeren bundesweiten Zusammenschlüsse nur noch Delegierte mit beratender Stimme zum Parteitag entsenden können. Es zog den Antrag dann zugunsten eines ähnlichen Antrages aus Sachsen zurück, der das Stimmrecht nur für Satzungs-, Finanz- und Personalfragen einschränken wollte. Dieser Antrag wurde deutlich abgelehnt. Das FdS hatte sein Anliegen demokratietheoretisch begründet: Es soll klargestellt werden, dass pro Mitglied nur einmal auf die Wahl von Delegierten Einfluss genommen werden kann, nach dem Prinzip: „Ein Mitglied – Eine Stimme“. Das Anliegen ist berechtigt. Da sich die Zusammenschlüsse, als Subsysteme in der Partei, aber auch irgendwie als Subjekte wahrnehmen, drang dieses Argument nicht so ganz durch. Die symbolische Dimension der Rechte der Zusammenschlüsse ist außerdem groß, standen sie doch beim Vereinigungsprozeß auf Betreiben der

WASG ganz zur Disposition. Zudem war der Zeitpunkt ungünstig, da die Westverbände gerade ihre Privilegierung bei der Aufstellung der Delegierten verloren haben, und es natürlich in dieser Frage auch um Macht geht. Die Delegierten wollten aber auch wegen der anstehenden Wahlen keine unnötigen Konflikte. Angenommen dagegen wurde ein Antrag des Parteivorstandes, wonach ein Zusammenschluss bundesweit ist, wenn und solange er in mindestens acht Landesverbänden entweder mindestens ein Zweihundertstel der Mitglieder repräsentiert oder entsprechend der Landessatzung als landesweiter Zusammenschluss anerkannt wurde. Das „und solange“ ist jetzt neu, außerdem müssen sich Zusammenschlüsse auf Betreiben der Schiedskommission eine eigene Satzung geben.

Der FdS-Antrag auf Verkleinerung des Vorstandes von 44 auf 30 Mitgliedern wurde abgelehnt. Gestrichen wurde auf FdS-Antrag die Unterscheidung in neue und alte Bundesländer, deren Zusammenwachsen der Bundesausschuss unterstützen soll.

Die Frauenquote kann weiterhin nicht eingehalten werden, wenn es nicht anders möglich ist, darf jedoch nicht unter dem Frauenanteil des jeweiligen Verbandes liegen. Zukünftig dürfen nur noch zahlende Mitglieder für die Berechnung der Delegierten zählen. Das dürfte den Delegierteneinfluss des Westens weiter schmälern, da sich dort besonders viele Nichtzahler befinden. Ein Glaubwürdigkeitsproblem der Linkspartei stellte die „Süddeutsche Zeitung“ fest, weil der Antrag des Parteivorstandes sich nicht aus Unternehmensspenden finanzieren zu wollen, abgelehnt wurde. Weitere Satzungsänderungen betreffen Regularien in Bezug auf den Beginn der Pflicht zur Beitragszahlung, zur Durchführung von Mitgliederentscheiden, etc.

Thorsten Jannoff

Dokumente zum Parteitag unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/berliner-parteitag-2014/>

Blick zurück, relative Geschlossenheit zu Wahlen – schön und gut, aber was sind die konkreten Projekte und Vorschläge der Linken?

Stabilisierung seit Göttingen

Richtig, die Linke hat sich seit dem Göttinger Parteitag im Juni 2012 deutlich stabilisiert. Die vor dem Göttinger Parteitag durch ausgrenzende, stimmungsmachende Blockpolitik als Mittel der innerparteilichen Auseinandersetzung selbst gegrabene Gräben wurden auf dem Göttinger Parteitag in aller Deutlichkeit offen gelegt und nach dem Göttinger Parteitag überbrückend bearbeitet. Ausgrenzende innerparteiliche Blockpolitik konnte – zumindest in der Gesamtpartei – in hohem Maße durch persönliches „Aufeinander-Zugehen“, eher parteimäßig/professionellen persönlichen Umgang, durch geordnetere Diskussionsprozesse und durch Akzeptanz von Pluralismus ersetzt werden.

Die Linke hat sich seit längerem innerhalb eines Umfragepegels von derzeit zwischen 8 und manchmal 10 % stabilisiert. In 2013 konnte die Linke erstmals wieder seit 2009 in vielen Landesverbänden einen ganz leichten Mitgliederzuwachs verzeichnen. Bei den Bundestagswahlen im Herbst 2013 erreichte sie 8,6 % und 64 Parlamentssitze (die Grünen 8,4% und 63 Sitze) und ist damit die relativ stärkste Oppositionspartei der gegenüber der Regierungskoalition schwachen Opposition.

An dieser existenznotwendigen stabilisierenden Entwicklung haben die beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger mit ihrem moderierenden Führungsstil und der Zusammenarbeit zwischen den Vorsitzenden, mit dem Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn, dem geschäftsführenden Parteivorstand, dem erweiterten Parteivorstand, den Landesvorständen und Gremien der Partei einen maßgeblichen Anteil.

Das kommt auch in den Wahlergebnissen von Katja Kipping, Bernd Riexinger und Matthias Höhn zum Ausdruck, die jeweils ohne Gegenkandi-

daten bzw. Kandidatinnen in ihren bisherigen Funktionen bestätigt wurden.

Der Parteitag hatte zwei turnusmäßige Aufgaben: die Neuwahl des Parteivorstandes und die Entscheidung über schon länger aufgeschobene Satzungsfragen. Zusätzlich sollte er positive Zeichen in der Öffentlichkeit für die anstehenden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen setzen. Diese Zielsetzungen bestimmten demnach auch die Parteitagsregie, u.a. mit den über die rund zweieinhalb Tage des Parteitags verteilten Reden der Spitzenkandidaten der Europaliste Gabi Zimmer und Thomas Händel, der Parteivorsitzenden, des Vorsitzenden des Ältestenrates Hans Modrow, von Alexis Tsipras dem Vorsitzenden von Syriza und Spitzenkandidaten der Europäischen Linken (dokumentiert in dieser Ausgabe Seite 21) und von Gregor Gysi.

Das ist, was Presseberichte als ungewöhnlich „friedlichen und ruhigen“ Verlauf melden – bis, ja bis dann beim Wahlgang zu den zwei männlichen stellvertretenden Parteivorsitzenden plötzlich „Schluss mit Ruhe und Harmonie“ gewesen sei.

„Lagerkampf“? – gerade weniger

Es kandidieren für zwei Plätze der männlichen stellvertretenden Parteivorsitzenden: Axel Troost, bisheriger stellvertretender Parteivorsitzender, Dominic Heilig, Mitglied des Parteivorstandes und des Vorstandes der europäischen Linkspartei, unterstützt vom Forum demokratischer Sozialismus (FdS) und Tobias Pflüger, bisheriges Mitglied des Parteivorstandes. Gewählt werden Axel Troost und zur Überraschung vieler Tobias Pflüger, der bei der Aufstellung der Europaliste im Februar 2014 in Hamburg unterlag. Hier in Berlin unterliegt Dominic Heilig knapp gegen Tobias Pflüger. Als wäre Dominic Heilig als besonderer

Gruppenvertreter des FdS zur Wahl angetreten, beantragt das FdS nach der Auszählung eine Pause, um sich neu zu sortieren. Dominic Heilig kandidierte nicht mehr für den Parteivorstand und trat von seiner Funktion in der Europäischen Linken zurück, was beides wirklich niemand verlangt hatte.

Dass hier jetzt doch der „Lagerkampf der Linkspartei“ ausgebrochen sei, ist ein doppelter Irrtum über diesen Parteitag.

Dass die Stabilisierung der Partei den Pluralismus von Strömungen und Standpunkten einebnen oder unterpflügen würde, könnte oder überhaupt sollte, das ist der eine Irrtum. Insofern hat die einfache Vermeldung der Tatsache von Auseinandersetzungen und vom Bestehen unterschiedlicher Standpunkte weder jetzt noch in Zukunft besonderen Nachrichtenwert. Das ist ein Grundtatbestand aller Parteien.

Der zweite Irrtum ist: dieser Parteitag zeigte gerade eher die Auflockerung als die Verfestigung von „Lagern“. Die Übergangsregelung seit Gründung der Linken, die West-Landesverbände überproportional mehr Delegierte zugestand hatte, war beendet und gleichzeitig haben sich interessanterweise die „Lager“ – und zwar in Ost und West – aufgelockert. Dominic Heilig unterlag knapp durch fehlende Stimmen in den östlichen Bundesländern und Tobias Pflüger – der sich der „Antikapitalistischen“ und der „Sozialistischen Linken“ zuordnet – gewann knapp konkret in dieser Wahl durch zusätzliche Stimmen aus den östlichen Bundesländern. Das bedeutet, jeder und jede, die sich um ein Wahlamt der Partei bewirbt, muss die Delegierten persönlich überzeugen und kann sich nicht auf dem Verweis der Zugehörigkeit zu einer Gruppe und der Selbstzurechnung von Gruppenunterstützung ausruhen. Wem Stimmen fehlten, dem

fehlten sie aus oft sicher unterschiedlichen Gründen in Ost und West, wer Stimmen gewann, der gewann sie aus unterschiedlichen Gründen in Ost und West.

Weder war der Europaparteitag im Februar 2014, bei dem Tobias Pflüger für Platz zwei der Europaliste kandidierte, unterlag und dann nicht mehr antrat ein „Durchmarsch“ des

Wenn am nächsten Sonntag Europawahl wäre ...

Datum	Institut	Auftraggeber	Befragte Zeitraum	CDU	CSU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
13.05.2014	YouGov	BILD	0 • ? ??.05.–??.05.	39 %		25 %	10 %	4 %	10 %	6 %	?
09.05.2014	Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	T • 1.223 06.05.–08.05.	38 %		27 %	12 %	3 %	8 %	6 %	6 %
30.04.2014	Infratest dimap	ARD	T • 1.600 28.04.–29.04.	39 %		27 %	9 %	4 %	8 %	6 %	7 %
25.04.2014	INSA	FOCUS Online	T • 500 14.04.–15.04.	36 %		28 %	11 %	4 %	9 %	7 %	5 %
11.04.2014	Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	T • 1.226 08.04.–10.04.	39 %		27 %	11 %	3 %	8 %	6 %	6 %
03.04.2014	Infratest dimap	ARD	T • 1.506 31.03.–02.04.	40 %		28 %	9 %	3 %	7 %	6 %	7 %

<http://www.wahlrecht.de/umfragen/europawahl.htm>



FdS und der „Reformlinken“, wie die „Antikapitalistische Linke“ damals mutmaßte, noch war der Berliner Parteitag ein Vormarsch der „Antikapitalistischen Linken“, weil Tobias Pflüger knapp mehr Stimmen bekam als Dominic Heilig. Hätten sich Mitglieder des FdS personell und inhaltlich genau bei dieser Wahl anders positioniert – so darf gemutmaßt werden – wäre auch diese Wahl anders ausgefallen. Das gilt insbesondere, da Jan van Aken, bisher der Bearbeitende für die Themen Antimilitarismus, Außenpolitik unter den stellvertretenden Vorsitzenden, nicht mehr antrat.

Eher kein „Lagerkampf“, das zeigte sich – auch wenn die Situation hier anders gelagert war – ebenso bei der Wahl des Bundesschatzmeisters. Der Bundesfinanzrat hatte den ausdrücklichen Beschluss gefasst, den amtierenden Bundesschatzmeister Raju Sharma, anders als beim Göttinger Parteitag, nicht mehr in der Kandidatur für eine neue Amtsperiode zu unterstützen. Raju Sharma beabsichtigte, das Amt ab jetzt – genau genommen schon ab Januar – ehrenamtlich neben einem hochrangigen Vollzeitjob in der Staatskanzlei beim Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein in Kiel auszuüben. Ein Teil der Landesdelegationen wie des Bundesfinanzrates hielt diese Tatsache für hinreichend, um Raju Sharma nicht, aber dafür Thomas Nord zu unterstützen. Die beiden Vorsitzenden sprachen sich – in der Tat ein nicht üblicher Vorgang – aus der Sicht der Arbeit des geschäftsführenden Parteivorstandes für Thomas Nord und damit gegen den bis dato amtierenden Bundesschatzmeister aus. Im Ergebnis ist also auch die Wahl des neuen Bundesschatzmeisters so ziemlich das genaue Gegenteil einer Lagerwahlentscheidung.

Die beiden Vorsitzenden, die vier

Stellvertreter/innen, der Bundesgeschäftsführer, der Bundesschatzmeister und weitere vom Parteivorstand zu wählende Mitglieder werden zusammen den geschäftsführenden Parteivorstand bilden. Jetzt kommt es u.a. darauf an, welche konkrete Antikriegspolitik, welche konkreten außenpolitischen Vorschläge gemeinsam – über die allemal und unbedingt notwendige Kritik an der Regierungspolitik hinaus – von ihnen entwickelt, vorgeschlagen und umgesetzt werden.

Neuer Parteivorstand, Satzung, relative Geschlossenheit – aber welche konkrete Politik als sozialistische Reformpartei?

Auf jeden Fall geht die Linke in die anstehenden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen mit Rückenwind der Gesamtpartei, und nicht mit störendem Seitenwind aus Berlin wie 2010/2011. Insofern könnte man sagen, hat der Berliner Parteitag doch seine Aufgaben im Wesentlichen erfüllt.

Die Gefahr liegt nur darin, dass die Ausklammerungen von aktuell offenen und anstehenden Fragen auf Parteitagen in der Regel auch nicht unbedingt ihre zügige Bearbeitung nach Parteitagen befördert. Um nur einige Punkte zu nennen.

Der Parteivorstand hat einen sehr umfangreichen und auch in vielem aufschlussreichen Bericht zur Parteientwicklung vorgelegt. Nur, der erstmal steckengebliebene Aufbau West wird darin nicht untersucht und nicht als solcher thematisiert. Die Niederlage bei den Landtagswahlen im Westen – mit der Ausnahme Hessen bei besonderen Bedingungen – die Ergebnisse jetzt der Kommunalwahlen in Bayern, die nächsten Kommunal- und Landtagswahlen in den westlichen Bundesländern, der organisatorische Auf- und Umbau der Partei in West und Ost. Auch dazu fehlen erneute Bestandsaufnahme und

aktuelle Zielsetzungen.

Eine Politik gegen Prekarisierung, gegen Leiharbeit, gegen unstete Arbeitsverhältnisse, gegen Armut, wie sie in der Rede von Bernd Riexinger angelegt war, harret der weiteren Präzisierung vor allem hinsichtlich der parlamentarischen, gesetzlichen wie der Öffentlichkeitsarbeit. Gleiches gilt für die Themenfelder Wohnen, Gesundheit, Rente.

Ein Konzept der Linken in Sachen „Energiewende“, wie zur ungleichmäßigen und ungleichzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa – das aus mehr besteht als „Lohnerhöhung“ und „Binnenmarkt stärken“ – steht länger schon an.

Das Thema Bürgerrechte, Kampf um Demokratie, für gleiche gesellschaftliche Teilhabe für alle, gegen Rechts war auf dem Parteitag und ist auch in der Politik der Linken unterrepräsentiert. Dabei ist es politisch geboten und dringend zur Festigung der Beziehungen zu den Wählerinnen und Wählern der Linken und zur Ausweitung des Einflusses der Linken.

Zur Lage in der Ukraine hat der Parteitag ohne Gegenstimmen einen Beschluss gefasst, mit der Formulierung, die von allen unterstützt werden kann, dass die Verantwortung für die Lage „nicht in erster Linie“ bei Russland liegt. Gregor Gysi mahnte zur Differenzierung und forderte eine neue Ostpolitik. Auch das ist wichtig und richtig, aber noch weit von praktischen außenpolitischen Vorschlägen entfernt. Das linke Bündnis zu den Europawahlen in Österreich sowie als Staaten Finnland und Österreich haben z.B. den Status der „aktiven Neutralität“ für die Ukraine vorgeschlagen. Sind das Vorschläge, an deren Ausgestaltung sich die Linke beteiligen sollte? Und auch die Kritik an der deutschen Regierungspolitik zur Ukraine verträgt sachliche Vertiefung.

Aber auch wenn solche praktischen und aktuellen Fragen einer sozialistischen Reformpolitik nicht bzw. kaum Thema des Berliner Parteitages waren, es gibt Ansatzmöglichkeiten, sie in der innerparteilichen Diskussion zu behandeln und zu entwickeln. Seit Ende letzten Jahres liegt ein Strategiepapier zum Parteaufbau der alten und neuen Vorsitzenden zur langfristig angelegten Beratung in den Gremien und Zusammenschlüssen der Partei vor. Das kann und soll der Anlage nach auch als Bezugspunkt für die Klärung konkreter und praktischer Fragen linker Parteientwicklung und -politik genutzt werden.

Und schließlich sind die Parteitage-delegierten ja auch für zwei Jahre gewählt. Nach dem Parteitag ist vor dem Parteitag und so gibt es auch zwischen den Parteitagen genug zu tun.

Christoph Cornides

Norwegen: Gegen Personalpolitik bei Billigfluggesellschaft

ITF-Gewerkschaften sind angetreten, die Beschäftigungsbedingungen bei der norwegischen Billigfluggesellschaft Norwegian Air Shuttle (NAS) zu schützen. Die der ITF angeschlossene norwegische Gewerkschaft PARAT kämpft seit langem gegen die Arbeitspraktiken bei NAS. Die Fluggesellschaft ist einschlägig für die Umgehung norwegischer Arbeitsvorschriften durch die Auslagerung von Geschäftsbereichen bekannt. Im Februar erhielt NAS die Lizenz für Flüge ab Irland und beantragte beim US-amerikanischen Verkehrsministerium die Genehmigung für die Aufnahme des Luftverkehrs zwischen Europa und den USA. Sollte dieser Antrag bewilligt werden, könnte das Unternehmen Langstreckenflüge in die USA betreiben und dabei Personal einsetzen, dessen Rechte weder durch US-amerikanisches noch durch europäisches Recht geschützt sind. Der ITF-Ausschuss für Kabinenpersonal beschloss auf seiner Sitzung am 4. April, auf das Verkehrsministerium der USA einzuwirken, mehr Informationen über die Personalpläne von NAS einzuholen. Die ITF fordert ferner die norwegische und die irische Regierung dazu auf, Erkundigungen über die Personalpläne von NAS einzuziehen. Die Europäische Kommission solle darüber hinaus ihre Billigflaggenpolitik und deren mögliche Begünstigung von Sozialdumping überdenken. Auf internationaler Ebene hat sie bereits vor den Gefahren des Billigflaggenmodells im Luftverkehrssektor gewarnt und das Thema auf den Sitzungen der Internationalen Arbeitsorganisation und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Sprache gebracht. Dazu Gabriel Mocho, Sekretär der ITF-Sektion Luftfahrt: „Wenn NAS seine Pläne umsetzen darf, könnte das einen gefährlichen Präzedenzfall für die Arbeitnehmerrechte schaffen. Arbeitsgesetze gibt es aus gutem Grund, und jedem Versuch, nationale oder internationale Rechtsvorschriften auszuhebeln, muss von Gewerkschaften, Regierungen und gesetzgebenden Organen vehement entgegengetreten werden.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 17.4.2014

Türkei: ITF verwarnt Arbeitgeber

Die Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern beim türkischen Arbeitgeber TüvTürk infolge einer Mitgliederwerbekampagne rief in dieser Woche bei der ITF scharfe Kritik hervor. TüvTürk ist ein Konsortium in der Hand von drei Unternehmen: dem türkischen Fahrzeughändler Dogus Otomotiv, Bridgepoint, einem privaten Aktienfonds mit Sitz in London,

und Tüv Süd, einem deutschen Prüfunternehmen für Fahrzeuge und Industrieanlagen. Laut Berichten der türkischen ITF-Mitgliedsorganisation Tümtis wurden acht Beschäftigte bei Fahrzeugprüfstellen an verschiedenen Standorten der Türkei – Gaziantep, Ordu-Giresun und Ankara – entlassen. Die Gewerkschaftsmitglieder in diesen Niederlassungen seien zudem von der Unternehmensleitung schikaniert worden. Erst vor kurzem hatte die Tümtis für die Angestellten von TüvTürk mehrere Erfolge erzielt, unter anderem die Unterzeichnung eines Kollektivvertrags an einem Standort und laufende Verhandlungen an einem anderen. Durch diese erfolgreiche Gewerkschaftskampagne sah sich das Unternehmen zum Entgegenkommen gezwungen. Führende Mitglieder der Tümtis berichteten jedoch, dass die Repressalien gegen die Gewerkschaft andauern. Unter anderem seien Gewerkschaftsmitglieder unter Druck gesetzt worden, aus der Gewerkschaft auszutreten. In einem Schreiben warnte der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen Mac Urata TüvTürk und seine Eigentümer: „Wir fordern Sie auf, die Schikanen gegen Tümtis-Mitglieder sofort zu beenden und die zu Unrecht entlassenen Beschäftigten unverzüglich wieder einzustellen. Wir fordern Sie ferner auf, sicherzustellen, dass die Gewerkschaftsrechte in all ihren Niederlassungen und von all ihren Subunternehmen respektiert werden.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 16.4.2014

Türkei: Durchbruch bei DHL

Die Unterzeichnung eines neuen Vertrags mit der der ITF angeschlossenen Tümtis Anfang dieser Woche wird Tausenden von Beschäftigten bei DHL/Türkei konkrete Verbesserungen bringen. Mehr als 2000 Beschäftigte werden unter den Schutz der Sozialversicherung gestellt, 750 Angestellte bei Vertragsunternehmen erhalten feste Arbeitsverträge, und der Einsatz von Vertragsunternehmen wird geregelt. Nach Informationen des Tümtis-Präsidenten Kenan Öztürk wird die Bezahlung durch vertraglich festgelegte Lohnsteigerungen und Zuschläge um insgesamt 32 bis 46 Prozent angehoben. Dieser Durchbruch ist auf eine zweieinhalbjährige Kampagne der Gewerkschaft und die strategische Unterstützung und Solidarität der Mitgliedsorganisationen von ITF und UNI Global Union zurückzuführen. So besuchten die Gewerkschaften, darunter die der ITF angeschlossene deutsche Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi), mehrmals die Streikposten der Tümtis in der Türkei, und in der neuseeländischen First Union organisierte DHL-Angestellte legten aus Solidarität mit ihren türkischen Kolleg/innen

die Arbeit nieder. Die ITF führte im Rahmen dieser strategischen Kampagne im Februar 2013 eine Protestaktion zur „London Fashion Week“ durch. Darauf folgten Maßnahmen zum weltweiten „DHL-Familihtag“ bei deutschen Botschaften und der gemeinsame Protest von ITF und UNI auf der DHL-Aktionärsversammlung. Öztürk erklärte: „Im Namen der Tümtis danke ich der ITF, der UNI, der ETF (Europäische Transportarbeiter-Föderation), der Verdi, dem Norsk Transportarbeiderforbund und all unseren Freundinnen und Freunden in Gewerkschaften rund um den Globus für ihre Unterstützung und Solidarität, ihre Besuche bei den Streikposten und ihre weltweite Mobilisierung.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 24. April 2014

Türkei: Textilbetrieb behindert Gewerkschaften

Über 20 türkische Textilbeschäftigte verloren ihre Stelle, weil sie Mitglied in der Textilgewerkschaft sind. Die Betroffenen arbeiteten für das Unternehmen Lafem, dessen Hauptauftraggeber die deutsche Firma Brax ist. Die IG Metall fordert Gerechtigkeit für die Textilarbeiter und ihre Wiedereinstellung. Der Konflikt begann im September 2013. Mindestens 20 Mitarbeiter von Lafem wurden entlassen, offiziell aus betrieblichen Gründen. Das deutsche Modehaus Brax ist für Lafem der mit Abstand größte Auftraggeber. Bei den in der Türkei Entlassenen handelt es sich teilweise um Mitarbeiter, die schon zehn Jahre und länger in dem Unternehmen beschäftigt waren. Darüber hinaus waren zwei Mitarbeiter gewählte Gewerkschaftsvertreter in dem Betrieb. Nur Wochen später wurden neue Mitarbeiter von Lafem eingestellt, so dass die offiziell genannten „betrieblichen Gründe“ nicht stimmen können. Die türkische Textilgewerkschaft Tekstil wertet die Entlassungen als gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen von Lafem. Auf die verbliebenen Gewerkschaftsmitglieder wird weiter Druck ausgeübt. IG Metall, der globale Industriedachverband IndustriALL Global und die türkische Gewerkschaft Tekstil fordern Brax auf, gegen Entlassungen und Behinderungen von Gewerkschaftsmitgliedern bei ihrem türkischen Textilizulieferer Lafem vorzugehen. „Deutsche Unternehmen, die im Ausland produzieren lassen, dürfen nicht nur auf die Qualität ihrer Produkte achten. Sie müssen auch auf die Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferern achten. Dazu gehört auch das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation“, sagte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes IG Metall-Vorstandmitglied. IG Metall, IndustriALL Global und die türkische Gewerk-

schaft Tekstil fordern Brax auf, sich in diesem Fall einzuschalten und Lafem dazu zu bewegen, die türkischen Kollegen wieder einzustellen sowie ihre Gewerkschaft Tekstil im Unternehmen zu akzeptieren.

Quelle: <http://www.igmetall.de>, 15.4.2014

Bangladesch: 25 Millionen US-Dollar fehlen im Fonds

Heute vor einem Jahr brach das Rana Plaza Gebäude in Bangladesch zusammen und begrub mehrere tausend TextilarbeiterInnen unter sich. Mehr als 1130 Menschen starben, mehr als 1500 wurden teilweise sehr schwer verletzt. Ein Jahr lang mussten die Hinterbliebenen und Verletzten warten, bis endlich erste Entschädigungszahlungen stattfinden können. Allerdings ist der von der internationalen Arbeitsorganisati-



AktivistInnen protestieren in Berlin für die Entschädigung der Opfer. Quelle: <http://www.saubere-kleidung.de>

on ILO kontrollierte Entschädigungsfonds noch nicht einmal zur Hälfte gefüllt – noch immer fehlen knapp 25 Millionen US-Dollar. Zur Einzahlung aufgefördert sind insbesondere jene Firmen, die Produktionsbeziehungen in eine der Fabriken des Rana Plaza Gebäudes hatten. Unter ihnen auch KiK, Adler Modemärkte, NKD, Kanz/Kids Fashion Group, Güldenpfennig, Mango, Benetton und C&A. Diese Firmen haben entweder gar nicht oder viel zu wenig in den Fonds eingezahlt. Die Kampagne für Saubere Kleidung fordert diese Firmen auf, endlich substantielle Beiträge in den von der ILO kontrollierten Entschädigungsfonds einzuzahlen. Nur so kann den Opfern von Rana Plaza ein würdiges Leben gesichert werden. Am 23.4. protestierten AktivistInnen der Kampagne für Saubere Kleidung im Bündnis mit anderen Organisationen in Berlin. Anlass war der Jahrestag des Zusammenbruchs der Textilfabrik Rana Plaza. Mit der Aktion wurden die Unternehmen, die in Rana Plaza produzieren ließen, aufgefordert, endlich ausreichend Geld in den von der Arbeitsorganisation ILO kontrollierten Entschädigungsfonds einzuzahlen.

<http://www.saubere-kleidung.de>, 24.4.2014

USA: Arbeitsrechte für Tabakarbeiter

Die Situation für die Landarbeiter der Tabakbranche in North Carolina ist schrecklich. Viele Landarbeiter leben oft in Arbeitslagern mit unzureichenden oder nicht funktionierenden Toiletten und Duschen und anderen minderwertigen Bedingungen, leiden an Krankheiten durch Nikotinvergiftung und Exposition gegenüber gefährlichen Pestiziden und unter Arbeitszeiten, für die sie unter Armutslöhnen bezahlt werden. BAT ist der Hauptaktionär (42,02%) und ein wichtiger Kunde von Reynolds American Inc., der größten Tabakfirma in North Carolina. BAT spielt eine wichtige Rolle bei der Festlegung akzeptabler Normen für Tabaklandarbeiter in seiner Lieferkette. Da es kein amerikanisches Recht gibt für die Einhaltung der Vereinigungsfreiheit der Tabaklandarbeiter, will das der IUL angeschlossene Farm Labor Organizing Committee (FLOC), das Tabaklandarbeiter vertritt, erreichen, dass RAI (Reynolds American Inc.) künftig garantiert, dass Menschenrechte, Vereinigungsfreiheit und Arbeitnehmervertretungen auf seinen Vertrags-Farmen eingehalten werden. BAT soll dazu seinen Einfluss nutzen und RAI auffordern, eine Vereinbarung mit FLOC zu unterzeichnen.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 24.4.2014

Bolivien: Einigung über neues Minengesetz

Die Regierung Boliviens und der Verband der Bergbaugenossenschaften (Fencomin) haben eine Einigung zum umstrittenen Entwurf für ein neues Minengesetz erzielt. Zu Beginn des Monats hatten Minenarbeiter von Genossenschaften gegen das geplante Verbot protestiert, Verträge mit privaten nationalen oder internationalen Unternehmen abzuschließen. Mit diesen hatten sie bislang die ihnen vom Staat erteilte Genehmigung zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen an Privatunternehmen übertragen. Die Arbeiter blockierten Hauptverkehrsstraßen des Landes mit brennenden Barrikaden, bei heftigen Zusammenstößen mit der Polizei kamen drei Menschen ums Leben und mehr als hundert wurden verletzt.

Die Regierung von Präsident Evo Morales versob daraufhin die Vorlage des Gesetzes im Senat, um mit dem Genossenschaftsverband erneut Gespräche zu führen. Morales stellt jedoch klar, dass laut Verfassung allein der Staat befugt sei, Genehmigungen zur Nutzung von Land und Bodenschätzen zu erteilen. Da Regierungsstellen offensichtlich die Praxis der Genossenschaften geduldet hatten, entließ der Präsident den Bergbauminister und kündigte umfassende Überprüfungen in den zuständigen Behörden

an. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Fencomin-Leitung gab Staatsminister Carlos Romero nun bekannt, dass die Genossenschaften mit dem Staat über dessen Minenunternehmen Comibol Gemeinschaftsunternehmen bilden können. Dafür müssten sie jedoch ihre Gesellschaftsform an die vorgeschriebenen Modalitäten anpassen. Das Verbot, Verträge mit Privatunternehmen abzuschließen, werde in dem neuen Gesetz festgeschrieben.

Der Vorsitzende der Fencomin, Alejandro Santos, betonte, dass die Vereinbarung zwischen den Parteien im Einklang mit der Verfassung des Landes stünde und die Existenz der Bergbaukooperativen garantiere. Präsident Morales werde sie mit seiner Unterschrift besiegeln.

In der Verfassung Boliviens, die per Volksabstimmung im Januar 2009 beschlossen wurde, heißt es in Artikel 349: „I. Die natürlichen Ressourcen sind direktes, unteilbares und unverjährbares Eigentum und Besitztum des bolivianischen Volkes, ihre Verwaltung gemäß dem kollektiven Interesse kommt dem Staat zu. II. Der Staat anerkennt, respektiert und verleiht individuelle und kollektive Eigentumsrechte über Grundstücke sowie Nutzungs- und Ausbeutungsrechte für andere natürliche Ressourcen.“

Quelle: <http://amerika21.de>, 25. April 2014

Ecuador: Verfolgung von Gewerkschaftern stoppen

Der frühere Vorsitzende eines Mitgliedsverbandes von Public Services International (PSI) in Ecuador und zwei weitere Aktivisten sind zu Haftstrafen verurteilt worden, nachdem sie Regierungsaktivitäten in Ecuador kritisiert hatten. Die Amerikanische Kommission für Menschenrechte IACHR hat kürzlich verfügt, dass die ekuadorianische Regierung Vorsichtsmaßnahmen ergreifen müsse, um die Rechte der Gewerkschaften zu schützen. Die Regierung weigerte sich jedoch.

Die globale Gewerkschaftsföderation PSI ruft Verteidiger von Arbeitsrechten dazu auf, an Präsident Rafael Correa zu schreiben und ihn aufzufordern, seine Regierung möge die Vorsichtsmaßnahmen, die von der IACHR zugunsten von Carlos Figueroa bestimmt worden sind, respektieren und die Verfolgung von sozialen und gewerkschaftlichen Aktivist/innen einstellen. Unter diesen ist auch Mary Zamora, die ehemalige Präsidentin der Nationalen Lehrer/innengewerkschaft, einer Mitgliedsgewerkschaft von Education International.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>, 23.4.2014

Rückt Lebensmittelbehörde Efsa noch näher an Industrie?

BERLIN. Am 7.5. entschieden die Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel, wer künftig die Arbeit der Lebensmittelbehörde Efsa überwacht. Auf der Liste der Kandidaten stehen auch Industrie-Lobbyisten – sie gelten sogar als Favoriten. NGOs warnen vor noch mehr Einfluss der Privatwirtschaft auf diejenigen Stellen, die eigentlich die Interessen der Verbraucher und der Umwelt im Blick haben sollen. Die Efsa (European Food Safety Authority) ist unter anderem für die Risikobewertung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren, Pestiziden und anderen Chemikalien zuständig. Nun wird ihr Verwaltungsrat teilweise neu besetzt. Sieben neue Mitglieder sollen ernannt werden, morgen beraten die Ständigen Vertreter der nationalen Regierungen in Brüssel über die Kandidaten. Vor sich haben sie eine Liste mit Namen, die von der EU-Kommission ins Spiel gebracht und vom Umweltausschuss des EU-Parlaments gefiltert wurden ... Martin Pigeon von Corporate Europe Observatory (CEO) kritisiert, wie die Kandidaten ausgewählt wurden. „Es ist bedauerlich, dass eine Handvoll EU-Abgeordneter über eine so wichtige Frage in einer nichtöffentlichen Sitzung in Namen des Europäischen Parlaments entscheiden darf. Gerade erst hat dasselbe Parlament mit großer Mehrheit erklärt, dass es gegen eine Schwächung der Unabhängigkeit der Efsa ist. Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der EU auf, die Unabhängigkeit der Efsa zu verteidigen und eine Unterwanderung der Lebensmittelbehörde durch die Industrie zu verhindern.“

www.keine-gentechnik.de

Roma-Flüchtlinge haben kein „sicheres Herkunftsland“

BERLIN. Mit einem Appell an die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat wenden sich zahlreiche Bürgerrechts- und Flüchtlingsorganisationen gegen einen Gesetzentwurf, der die Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu „sicheren Herkunftsländern“ erklären will.



Ziel dieses Gesetzentwurfs ist eine Beschleunigung des Asyl- und Abschiebeverfahrens. Gründliche Prüfungen des individuellen Schutzanspruchs eines jeden Flüchtlings aus den genannten Staaten werden damit gesetzgebend verhindert. Deshalb lehnen die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen des Appells die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab. Sie untergräbt den Schutzanspruch insbesondere von Roma-Flüchtlings aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zielt allein darauf ab, so heißt es in dem Appell, die unerwünschten Roma möglichst rasch wieder in ihre Herkunftsländer abzuschicken, in denen sie systematisch diskriminiert und in vielen sozialen Belangen massiv benachteiligt und ausgegrenzt werden. Und weiter heißt es: „Entgegen allen Beteuerungen der Bundesregierung, sich für die Roma-Minderheiten einzusetzen, bleibt die existenzbedrohende Lage von Roma in Südosteuropa ohne Konsequenz. Aus menschenrechtlicher Sicht und aus tatsächlicher Übernahme von Verantwortung für den Völkermord an den Sinti und Roma ist der Gesetzentwurf abzulehnen.“ Das Konzept der „sicheren Herkunftsländer“, so erklärt das Komitee für Grundrechte und Demokratie, ist grundsätzlich abzulehnen. Gerade bei geflüchteten Roma aus den genannten Ländern kommt es auf eine umfassende, sorgfältige und gewissenhafte Prüfung ihrer vielfältigen Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen an, die zusammen genommen eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellen können. Ob einer Person Schutz gewährt werden muss, bleibt immer eine Frage der individuellen Fluchtgeschichte. Alles andere widerspricht den Menschenrechten.

www.grundrechtekomitee.de

Textilhandelshäuser gesetzlich in die Pflicht nehmen

OSNABRÜCK. Textilunternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden offenzulegen, wo und unter welchen Bedingungen ihre Produkte hergestellt werden. Nur so können Menschen- und Kinderrechtsverstöße entlang der langen Lieferkette vom Baumwollfeld bis zur Ladentheke sichtbar gemacht werden. Dies erklärte das internationale Kinderhilfswerk Terre des hommes zum Jahrestag des Einsturzes des Rana Plaza-Gebäudes in Dhaka, der Hauptstadt Bangladeschs. Dort waren am 24. April 2013 über 1.100 Arbeiterinnen und Arbeiter ums Leben gekommen.

„Dass ein längst überfälliges Abkommen zur Feuer- und Gebäudesicherheit nach der Katastrophe zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern, großen Textilhandelshäusern, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Regierung von Bangladesch unterzeichnet wurde und nun umgesetzt wird, ist positiv zu bewerten, reicht aber bei weitem nicht“, erklärte Iris Stolz, Kinderrechtsexpertin von Terre des hommes. „Um die Menschen, die unsere Kleidung herstellen, wirkungsvoll vor Ausbeutung und Lebensgefahr zu schützen, müssen die Sozial- und Sicherheitsstandards bei der gesamten textilen Lieferkette in den Blick genommen werden. Neben den Nähereien müssen auch die Baumwollfelder, die Färbereien und Spinnereien, die Subunternehmer und in Heimarbeit fertigenden Zulieferer kritisch beleuchtet werden. Überall dort werden besonders junge Mädchen unter oftmals sklavenähnlichen Bedingungen ausgebeutet. „Terre des hommes fordert, dass Textilunternehmen gesetzlich verpflichtet werden offenzulegen, wo und unter welchen Bedingungen ihre Produkte hergestellt werden. Ferner verlangt Terre des hommes verbindliche Mindeststandards bei der Entlohnung sowie den Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken. „Diese Mitverantwortung der Unternehmen darf keine freiwillige Geste bleiben, sondern sie muss die politisch regulierte und überwachte Pflicht eines jeden Unternehmens sein“, so Iris Stolz.

www.tdh.de/home.html

Runder Tisch als Imagekampagne – Landesregierung verzweifelt

DÜSSELDORF. Heute Abend fand auf Einladung der Schulministerin und stellvertretenden Ministerpräsidentin, Sylvia Löhrmann, der Runde Tisch „Schulzeitverkürzung“ in der Staatskanzlei NRW statt. Die Ministerin wollte sich vergewissern, ob die Entscheidung der Schulzeitverkürzung immer noch Konsens in Nordrhein-Westfalen ist. Die LandesschülerInnenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) führte gegen die Schulzeitverkürzung (G 8) bereits im letzten Schuljahr eine große Kampagne, „Gute Nacht G 8!“, durch. „Die Einladung zu einem „Runden Tisch“ zeigt, dass auch die Landesregierung langsam erkennt, dass „G 8“ von der Mehrheit abgelehnt wird“, kommentiert Vanessa Katharina Seiffert, Landesvorstandsmitglied aus Essen. Vanessa Katharina Seiffert und Johannes Trulsen nahmen für die LSV NRW an dem Runden Tisch Schulzeitverkürzung teil. „Uns freut, dass die Meinung von Schülern endlich gehört wird, da die LSV NRW zu den vergangenen zwei Sitzungen des Runden Tisches nicht eingeladen

wurde“, beurteilt Johannes Trulsen, Landesvorstandsmitglied aus Hamm, die Situation. Aus Gesprächen mit der Ministerin ist der LSV bekannt, dass Frau Löhrmann keine radikalen Einschnitte im G 8-System vornehmen möchte. Dabei wären umfassende Veränderungen absolut notwendig, denn die Schülerinnen und Schüler NRWs leiden unter dem zunehmenden Leistungsdruck. Außerdem bleibt die Persönlichkeitsentwicklung auf der Strecke, das Konkurrenzdenken untereinander nimmt zu und die Selektion im Bildungssystem wird durch G 8 noch verschärft. Des Weiteren fehlt den Schülerinnen und Schülern durch dieses eine Schuljahr auch ein Jahr an Berufsorientierung. Viele Verbände waren der Meinung, dass erst einige G 8-Jahrgänge abgewartet werden müssten, um eine endgültige Entscheidung zu treffen. Die LSV NRW ist jedoch dagegen, noch mehr SchülerInnenjahrgänge dem Leistungsdruck und Konkurrenzkampf auszusetzen. „Wir sind weiterhin für einen Wechsel zum Abitur in neun Jahren. Schüler haben lange genug das Versuchskaninchen gespielt!“ merkt Vanessa Katharina Seiffert an. Der „Runde Tisch“ ergab die Einrichtung von drei Arbeitsgruppen, die sich unter anderem mit der Umsetzung von G 8 beschäftigen werden. Die LandesschülerInnenvertretung NRW (LSV NRW) ist die im Schulgesetz verankerte Vertretung der Schülerinnen und Schüler des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie nimmt gegenüber dem Landtag und der Landesregierung die Interessen der Schülerinnen und Schüler wahr und ist an der Weiterentwicklung und Verbesserung des Schulwesens beteiligt; darüber hinaus unterstützt sie das politische und soziale Engagement von Schülerinnen und Schülern.

www.lsvnrw.de

Steigender Reichtum, wachsende Spaltung ? Paritätischer fordert Kurswechsel

BERLIN. Nach einem aktuellen Gutachten des Paritätischen Gesamtverbandes hat die soziale Spaltung in Deutschland deutlich zugenommen. Immer weniger Menschen haben am wachsenden Wohlstand teil, immer größer werde die Kluft

zwischen Arm und Reich. Die Analyse ausgewählter Kennziffern ergebe, dass der soziale Zusammenhalt in Deutschland akut gefährdet sei. Der Verband fordert die Bundesregierung auf, das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu stoppen. Notwendig seien ein sozialpolitischer Kurswechsel und eine andere Steuerpolitik. „Uns geht es darum, ein Korrektiv zur einseitigen ökonomistischen Perspektive des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu etablieren. Denn: Deutschland ist nicht nur Wirtschaftsstandort, sondern vor allem Lebensstandort“, erläutert Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, anlässlich der Vorstellung des ersten Jahresgutachtens zur Entwicklung des sozialen Zusammenhalts in Deutschland, das der Verband ab sofort in jedem Frühjahr vorlegen wird. Die Ergebnisse seien alarmierend. „Hinter den volkswirtschaftlichen Erfolgsbilanzen verbirgt sich eine fortschreitende Spaltung der Gesellschaft. Immer größere Bevölkerungsgruppen werden sozial abgehängt, der Trend ist bedrohlich“, bilanziert Dr. Joachim Rock, Verfasser des Gutachtens. Noch nie habe es so viele Erwerbstätige gegeben, aber ebenfalls noch nie so viele prekäre Tätigkeiten und Teilzeitbeschäftigungen. Zudem stagniere laut Gutachten die Zahl der Langzeitarbeitslosen trotz guter Wirtschaftslage auf hohem Niveau und auch die Armutsquote habe einen Höchststand erreicht. „Das soziale Bindegewebe, der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, bröckelt. Diese Entwicklung gefährdet langfristig auch den Wirtschaftsstandort Deutschland“, warnt Verbandsvorsitzender Rosenbrock. Aus dem Gutachten erwachse die deutliche Mahnung an die Bundesregierung, einen politischen Kurswechsel vorzunehmen: „Wir brauchen eine entschlossene Politik der Arbeitsförderung und konkrete Maßnahmen gegen Armut und Ausgrenzung. Dies ist auch eine Frage des Geldes. Wer die soziale Spaltung wirklich bekämpfen will, kommt um einen steuerpolitischen Kurswechsel zurück zu einer solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens nicht herum.“

www.der-paritaetische.de

Milliardenplus zur Armutsbekämpfung einsetzen

BERLIN. Anlässlich der zu erwartenden Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe in den nächsten Jahren hat sich der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) an die Bundesregierung gewandt und eine deutliche Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit gefordert.

„Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik“, so Dr. Bernd Bornhorst, Vorsitzender von Venro. „Es kann nicht sein, dass Deutschland als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa seine Verantwortung für die Bekämpfung von Hunger und Not in der Welt hinter Rechenricks versteckt. Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe dienen den ärmsten Menschen auf dieser Welt und unser aller Zukunftssicherung.“

Laut Koalitionsvertrag sollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit um zwei Milliarden Euro in vier Jahren steigen. Auch wenn die Mittel nicht ausreichend sind, so erhöhen sie zumindest die Chance, das ODA-Ziel von 0,7 Prozent noch zu erreichen.

„Wir finden es höchst problematisch, dass die vereinbarten zwei Milliarden Euro noch nicht mal im Haushaltsentwurf abgebildet sind“, so Bornhorst. De facto handele es sich nur um 1,5 Milliarden Euro, da die Vorgängerregierung die Mittel bereits um 533 Millionen Euro gekürzt hatte. Diese abgespeckte Version diene jetzt als Kalkulationsbasis. Die Bundesregierung hatte im März die Eckwerte über die Haushalte 2015 bis 2018 und den Kabinettsentwurf über den Haushalt 2014 vorgelegt ... Mit der ODA-Quote wird der Anteil der staatlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessen. Deutschland hat sich im Rahmen des europäischen Stufenplans dazu verpflichtet, bis 2015 0,7 Prozent seines BNE für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

In der Legislaturperiode von Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel war die ODA-Quote von 0,39 Prozent in 2010 auf 0,38 Prozent in 2013 gefallen.

venro.org/presse/



Großdemonstration zu Lande und zu Wasser am 10. Mai

Mit ihrer Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) will die Regierung die Energiewende ausbremsen – und setzt wieder auf Kohle- und Atomkraft. Kurz bevor in Bundestag und Bundesrat über den Gesetzentwurf entschieden wird, rufen wir zu einer Großdemonstration in Berlin auf – zu Lande und zu Wasser. Damit die Energiewende nicht kentert. Mehr als 120 Boote auf der Spree zeigten, wie Energiewende geht: Voranmachen und nicht rumschlingern. Anschließend zogen 12.000 Menschen zur CDU-Zentrale in der Klingelhofstraße zur Abschlusskundgebung mit Infoständen und Reden zur Energiewende ...

<http://energiewende-demo.de/>

Gutes Ergebnis bei Wahl zum Rat der Stadt Goslar für Die Linke

Wegen der Fusion der niedersächsischen Städte Goslar und Vienenburg musste der Rat der neuen, größer gewordenen Stadt Goslar in der Mitte der Wahlperiode am 9. März 2014 neu gewählt werden. Die bereits seit 2006 mit einer Fraktion im Rat der Stadt Goslar vertretene Partei Die Linke (in Vienenburg ohne Mandat) konnte sich mit 5,9% von 2 auf 3 Sitze verbessern. Im neuen Rat sind CDU und SPD mit je 15, Grüne und Linke mit je 3, FDP, Bürgerliste Goslar und Bürger für Vienenburg mit je 2 Sitzen vertreten (42). Der 2011 erstmals gewählte Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk wurde bereits im September 2013 mit über 93% der Stimmen bestätigt. Junk kandidierte 2011 als früherer CSU-Fraktionsvorsitzender in Bayreuth für die CDU als „Parteilooser“ und setzt seit 2011 auf eine Politik der wechselnden Mehrheiten. Das CSU-Mitglied Junk hatte auch keine Probleme damit, auf dem Landesparteitag Die Linke Niedersachsen am 8. Februar 2014 in Goslar ein humoristisches politisches Grußwort zu halten, das bei den Delegierten durchaus gut ankam. Für Goslar und auch die Partei Die Linke stellt sich dieser faire Umgang wie auch die Politik der wechselnden Mehrheiten als spannende Entwicklung dar nach einer dunklen Zeit von zwei Jahrzehnten „Durchregieren“ und „Wegstimmen“ seitens einer Haushaltsmehrheit von SPD und FDP.

Die Linke in Goslar hatte bereits bei den Kommunalwahlen 2006 ein gutes Ergebnis erzielt. Anfang 2006 waren zwei Ratsherren der SPD übergetreten und hatten mit PDS und WASG die

Wählergemeinschaft Goslarer Linke gegründet. Mit 5,8% der Stimmen und zwei Sitzen konnte die Goslarer Linke diese Mandate verteidigen und als Die Linke im September 2011 auf 6,1% verbessern (auch 2 Sitze). Zweieinhalb Jahre später konnten wir 33 statt 18 Kandidatinnen und Kandidaten in vier Wahlbereichen aufstellen, von denen ein Drittel ohne Parteimitgliedschaft war. Die Anzahl der weiblichen Kandidierenden hat sich von 2 auf 10 (30%) gesteigert. Dadurch konnten zumindest die jeweils ersten beiden Plätze in den vier Wahlbereichen quotiert aufgestellt werden.

Unser Wahlergebnis im „alten Goslar“ verbesserte sich von 6,1% in 2011 auf 7,0 % in 2014. In den neuen Stadtteilen des alten Vienenburg erhöhte sich unser Stimmenanteil nur von 2 auf 2,5 %, was allerdings insbesondere auch damit zu tun hatte, dass unsere Präsenz in Vienenburg in den letzten Jahren noch nicht ausreichend war. Die Vienenburger Wählerinnen und Wähler wollten mit einer recht hohen Wahlbeteiligung von 48 % für eine ausreichende Vertretung im neuen Goslarer Rat sorgen, während die Wahlbeteiligung insgesamt bei nur knapp 39% lag und in einem Goslarer Wahlbereich mit ärmeren Bevölkerungsschichten sogar nur bei 30%. Die Ratsfraktion besteht nun aus Petra Stolzenburg, Rüdiger Wohltmann und Michael Ohse.

Wesentliche Themen des Wahlkampfes seitens Die Linke waren KiTa gebührenfrei, ECE-Einkaufszentrum – nein danke, die Unterstützung einer örtlichen Bürgerinitiative mit dem Ziel sanierungsbedingter Ausgleichszah-

lungen auf Grund von Umweltauflagen aus der Erzverhüttung zu verhindern sowie die Forderung nach Kultur und Mobilität für alle. Hohe Akzeptanz dieser Forderungen sowie das breitere Angebot an Menschen, die für Die Linke kandidieren, führten zu dem höheren Wahlergebnis im „alten“ Goslar.

Krise der Kommunalfinanzen – wie weiter?

Die Stadt Vienenburg mit knapp 11 000 Einwohnern und wenig Gewerbesteuererinnahmen sah in 2012 keinen anderen Ausweg als Fusionsverhandlungen mit der Stadt Goslar (40.700 Einwohner, Mittelzentrum mit oberzentralen Teilfunktionen) aufzunehmen. Die hoch verschuldete Stadt Goslar hatte bereits in 2012 einen Entschuldungshilfevertrag mit dem Land Niedersachsen abgeschlossen. Das Land übernahm 75% der aufgelaufenen Kassenkredite, was einem Betrag von 43,7 Mio. Euro entsprach. Dafür muss Goslar von 2013 bis 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, etwaige Haushaltsüberschüsse zur weiteren Schuldentilgung verwenden und Investitionen wesentlich auf die Höhe der Abschreibungen beschränken. Auch freiwillige Leistungen sind begrenzt.

Die Linke hatte diesem Vertrag in der Ratssitzung im Oktober 2012 nachzählen und auch durchaus erfolgreichen Verhandlungen zugestimmt. Wir hatten über Jahre hinweg eine große Reform der Kommunalfinanzen und eine verfassungsgemäße Finanzausstattung der Kommunen gefordert, die die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Dazu gehören auch eine Revitalisierung der Gewerbesteuer und ihre Weiterentwicklung zu einer Gemeindefinanzsteuer. Ebenso wurden die Eigentümer von Politik und Verwaltung benannt: keinerlei Anpassung der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer seit 20 Jahren und ausschließlich Versuche, im kulturellen und sozialen Bereich und beim Personal zu sparen oder Privatisierungen

**Für Die Linke
Kandidierende
auf dem Goslarer
Marktplatz**



vorzuschlagen.

Unter der realistischen Berücksichtigung, dass mittelfristig keine wesentlich Verbesserung der Finanzsituation aller Kommunen durch Bund und Land stattfinden wird und die hohen Gesamtschulden von ca. 105 Mio. Euro (über 4000 Euro pro Einwohner) trotz zurzeit günstiger Kommunalkredite mit der daraus erwachsenden Zinslast weiter die kommunale Finanzhoheit einschränken, hat die Linksfraktion hauptsächlich aus folgenden Gründen zugestimmt:

- Es gibt kein Kaputtsparen von sozialen und kulturellen Einrichtungen. Der Besitzstand von 2011 konnte gesichert werden, in 2012 wurden noch 1,5 seit Jahren freie Stellen im Jugendbereich wieder besetzt.

- Der Schwerpunkt wurde wegen der Versäumnisse vergangener Jahre richtigerweise auf der Einnahmeseite gesetzt durch Steuer- und Einnahmeerhöhungen, die weitgehend sozial verträglich sind.

- 2 Mio. Euro zahlen Betriebe durch höhere Hebesätze der Gewerbesteuer (von 370 auf 420%).

- 0,5 Mio. Euro zahlen Gäste und Touristen durch „Bettensteuer“ und Erhöhung von Eintrittspreisen in der Kaiserpfalz.

- 0,3 Mio. Euro bringt die Erhöhung von Zweitwohnungs- und Vergnügungssteuer.

- 1,5 Mio. Euro zahlt die Einwohnerschaft Goslar durch die Erhöhung der Grundsteuer B.

- Die frühere Gruselliste der großen Parteien wurde nicht durchgesetzt. Weder gibt es den drastischen Personalabbau von bis zu 25%, noch werden Schwimmbäder, Stadtarchiv, Bücherei, Busbetrieb und Betriebshof privatisiert.

- Die Stadtforst wird nicht verkauft – Goslar hat den größten kommunalen Stadtforst Niedersachsens mit fast 30 Hektar Fläche und einem geschätzten Wert von etwa 34 Mio. Euro.

Die größte Kröte für Die Linke war die drastische Erhöhung der Grundsteuer B von 370 auf 460% Hebesatz, davon sind Mieter in Mehrfamilienhäusern allerdings geringer betroffen als Besitzer von Einfamilienhäusern (Hartz IV-Empfänger erhalten Kosten der Unterkunft erstattet).

Der größte Erfolg war die Verteidigung der kommunalen Infrastruktur und des kommunalen Eigentums sowie die Durchsetzung eines Hebesatzes der Gewerbesteuer von deutlich über 400 % gegen CDU, SPD und selbstverständlich FDP. Umliegende Gemeinden liegen noch über diesem Satz bei 440%. Die Linke hatte eine solche Erhöhung gefordert und war von Grünen und vom Oberbürgermeister unterstützt worden. Nur so war der Kompromiss von 420% durchzusetzen.

Die Zinsersparnis von ca. 750 000 Euro durch die Entschuldungshilfe erleichtert die Darstellung eines ausgeglichenen Haushalts. Tatsächlich ist es gelungen, den Haushalt 2013 ohne Verlust abzuschließen.

Schwerpunkt der Haushaltsdebatte 2014

Da der neu gewählte Rat sich erst Anfang April konstituiert hat, findet ein Beschluss über den Haushalt 2014 erst am 3. Juni statt. Für die Linksfraktion sind Schritte auf dem Weg zu gebührenfreien KiTas der wichtigste Maßstab. In Niedersachsen ist bisher nur das 3. Kindergartenjahr frei. Die Summe der Elternbeiträge für die anderen Jahre samt Krippe und Hort beträgt jährlich ca. 1,8 Mio. Euro. Teil des Haushalts-

entwurfs ist eine weitere Erhöhung um 4% ab 1.8.2014 sowie das Vorziehen des Zahlungstermins vom Monatsende auf den Monatsanfang. Die Linke hat in der letzten Woche einen Antrag eingebracht, die Betreuungsgebühren nicht zu erhöhen und es bei dem rückwirkenden Zahlungstermin zu belassen, damit Eltern nicht in einem Monat zwei Beiträge zahlen müssen. Als nächsten Schritt werden wir im Herbst bei den Haushaltsberatungen 2015 die stufenweise Rücknahme der KiTa-Gebühren innerhalb von vier Jahren als Antrag einbringen, womit ab 1.1.2019 Gebührenfreiheit bestehen würde. Finanzierungsmöglichkeiten trotz der Fesseln des Entschuldungshilfevertrags liegen unseres Erachtens vor. *Michael Ohse*

Pro Köln: Wahlkampf mit Pogromstimmung

Bürgermut stoppt Asylantenflut“ und „Wut im Bauch? Lass es raus!“: Mit diesen aggressiven Parolen plakatieren die Rassist(inn)en von Pro Köln die Stadt zu. Vor der Wut der Menschen auf solche Art der Volksverhetzung schützen die Rechten ihre Papptafeln, indem sie sie in fast unerreichbarer Höhe anbringen. Täten sie das nicht, hätte sich der Fall in kürzester Zeit erledigt. In vielen Fällen hängen die beiden Parolen in direkter Nachbarschaft zueinander – der Zusammenhang, der sich in den Köpfen zwischen der „Wut“ und der „Asylantenflut“ herstellt, ist beabsichtigt. Pro Köln setzt auf die niedrigsten Instinkte der Menschen und will dadurch eine Pogromstimmung schaffen, von der sie bei den Wahlen zu profitieren hoffen. Sollte sich diese mörderische Stimmung tatsächlich in Gewalt gegen eine Flüchtlingsunterkunft entladen, hätten die „Saubermänner“ natürlich nichts damit zu tun.

Mit der Aggressivität und aufs Äußerste zugespitzten Emotionalisierung ihres Wahlkampfes reagieren die Rechten auf eine für sie ungünstige Situation: Ihr Wähler(innen)potential und damit ihre profitablen Ratsmandate werden auf der einen Seite von der sich seriös und bürgerlich gebenden aber ebenfalls rechtsgewirkten „Alternative für Deutschland“ (AfD) bedroht. Auf der anderen Seite erkennen immer mehr Menschen, dass Pro Köln weder ihre gefühlten noch ihre tatsächlichen Probleme löst. Im gerade stattfindenden Betrugsprozess gegen mehrere pK-Ratsmitglieder will die Staatsanwaltschaft beweisen, dass die ihre Mandate in erster Linie dazu benutzen, um ihre

Partei auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Und der Skandal um den führenden pK-Funktionär Jörg Uckermann (nach einer Entscheidung des Gerichts bis auf weiteres in Ossendorf inhaftiert), bei dem selbst die eigenen Parteifreunde mittlerweile einräumen, dass er psychisch krank ist, trägt nicht dazu bei, einen pK-Wahlerfolg wahrscheinlich zu machen.

Dagegenzusteuern versuchen die Rassist(inn)en nicht nur durch ihre zugespitzte Plakathetze, sondern auch durch eine Vielzahl von Infoständen in den Stadtteilen. Doch gegen diese Auftritte regt sich immer mehr Widerstand. Angeregt vom antifaschistischen Bündnis „Kein Veedel für Rassismus“ flankieren immer öfter Menschen die pK-Stände, die mit ihren „braunen Säcken“ Passant(inn)en die Gelegenheit geben, das Hetzmaterial direkt und umweltfreundlich zu entsorgen. Wie das geht und wo die braunen Säcke erhältlich sind, ist auf der Homepage www.keinveedelfuer-rassismus.de zu erfahren. Immer wieder sagen die Rassist(inn)en deshalb geplante Infostände und Aktionen ab (vor der Moschee an der Venloer Straße und in Mülheim) oder ihre Auftritte können wegen des aktiven Widerstands von Menschen, die ihre Wut rauslassen, nicht stattfinden (wie beispielsweise auf dem Wilhelmsplatz in Nippes).

Der Höhepunkt des pK-Wahlkampfes (und auch der Höhepunkt an menschenfeindlicher Provokation) soll allerdings am 23. Mai stattfinden: Für diesen Tag kündigen Beisicht, Wiener und ihre Helfer(innen) an, eine Lichterkette zwischen einer Flücht-



lingsunterkunft in der Xantener Straße und dem Standort eines weiteren in der Nähe der Riehler Heimstätten veranstalten zu wollen. Für eine solche Hetzaktion haben die notorischen Großsprecher, die die Beteiligung an ihren Aufmärschen gerne bis über die Grenze der Lächerlichkeit hinaus „hochrechnen“, mit Sicherheit nicht genug Aktive. Dennoch bleibt es eine unerträgliche Provokation. Initiativen wie „Kein Veedel für Rassismus“ und die Riehler Anwohnerinitiative haben bereits Proteste dagegen angekündigt. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass der geplante pK-Wahlkampfhöhepunkt zu einer Niederlage für die Rechten wird, die sie lange nicht vergessen werden. (tri aus Lokalberichte Köln 9/14)

„Pro Köln“-Kommunalwahlkampf auf Volksverhetzung prüfen!

Die Linke fordert nach Urteil gegen Europawahlspot Überprüfung

Gestern verbot das Berliner Verwaltungsgericht die Ursprungsfassung eines Europawahlwerbespots der rechtsextremen Partei „pro NRW“. Die ARD musste das Original nicht ausstrahlen, weil er den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Ein Pressesprecher des Gerichts hatte gegenüber der dpa erklärt, der ursprüngliche Film enthalte Aussagen, dass Ausländer – vor allem Asylbewerber, Muslime und Roma – generell im Müll lebten und per se Straftäter seien.

Das Verwaltungsgericht Berlin hatte 2011 (Aktenzeichen 2L 131.11 vom 18.08.2011) schon einmal einen Wahlwerbespot der NPD mit derselben Begründung verboten. Damals wurde beanstandet, dass „durch die dargestellte Aussage [...] auch die Menschenwürde der in Deutschland lebenden Ausländer angegriffen“ wird. Weiter heißt es: „Das kann der Fall sein, wenn einer Bevölkerungsgruppe pauschal sozial

unerträgliche Verhaltensweisen oder Eigenschaften zugeschrieben werden.“

Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linken im Kölner Rat, Jörg Detjen: „Das kann man auch von den ‚Pro Köln‘-Wahlplakaten sagen. Wer von ‚Asylantenflut‘ spricht, schreibt

Flüchtlingen die Eigenschaften einer todbringenden Naturkatastrophe zu, die man unbedingt verhindern muss. Dadurch werden viele Menschen diskriminiert. In Köln haben mehrere Anwohner Plakate entfernt und der Polizei übergeben. Sie wollten nicht tatenlos zusehen, wie vor ihrer Haustür Hetze gegen Menschen betrieben wird. Sprüche wie ‚Wut im Bauch – lass es raus‘ und ‚Angsttraum Stadt – wir haben’s satt!‘ können als Aufruf zur Gewalt verstanden werden. Das gefährdet den öffentlichen Frieden, denn so wird die latent vorhandene Gewaltbereitschaft von rechtsradikalen Kreisen gegenüber Ausländern angestachelt.“

Jörg Detjen weiter: „Jetzt müssen der Polizeipräsident, die Staatsanwaltschaft und die Stadt Köln tätig werden. Wenn mutige Anwohner Menschen vor Diskriminierung und Hetze schützen wollen, verdienen sie Unterstützung und Respekt. Die Betrachtungsweise des Verwaltungsgerichts Berlin muss auch in diesen Konflikten beachtet werden!“

PM Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln

Mannheim: Was es in den letzten fünf Jahren im Gemeinderat ohne Die Linke nicht gegeben hätte...

... und was es oft auch nur wegen der Linken gegeben hat, auf jeden Fall immer gegen teils erbitterten Widerstand von CDU, FDP und Mannheimer Liste:

Sozialticket: Den Einstieg in die Wiedereinführung eines Sozialtickets für Mannheim. Nur zehn Einzelfahrscheine à einen Euro pro Monat und berechtigter Person. Für Menschen mit ganz wenig Geld wichtig, um ohne Risiko des Schwarzfahrens sich innerhalb der Stadt mit dem ÖPNV zu bewegen. Es fehlt noch das Monatsticket. Daran arbeitet Die Linke.

FamilienpassPlus: Nachdem die CDU-Mehrheit neben der Abschaffung von Sozialtickets auch den Sozialpass 2010 ruiniert hatte, war der FamilienpassPlus für TransferleistungsempfängerInnen eine beschränkte Möglichkeit, ihren Kindern wieder ein paar gute Dinge zu ermöglichen: Von Musikschule über Museen bis hin zu verbilligtem Bad-Eintritt, z.B. für die Pfingst- und Sommerferien zusammen pauschal für 5 Euro.

MAXX-Sozial-Ticket: Schülermonatskarte für Transferleistungsfamilien zu 3 Euro pro Monat im Jahresabo (inzwischen weitgehend abgelöst durch das Bildungs- und Teilhabe-Paket der Bundesregierung): Nachdem durch den

FamilienpassPlus die Monatskarten auf 12 bis 14 Euro abgesenkt waren, wies Die Linke darauf hin, dass damit viele Kinder ausgeschlossen sind, deren Eltern Schufa-Einträge haben. Die Reaktion war die Absenkung auf 36 Euro pro Jahr.

Mehr Sauberkeit in Mannheim: In den Haushaltsberatungen 2012/13 hatte Die Linke als einzige Partei eine Personalaufstockung bei der Straßen- und Grünflächenreinigung um 30 Stellen gefordert, weil zuvor die Beschäftigung von zusätzlich ca. 60 Ein-Euro-Kräften eingestellt worden war. Es ging auch arbeitsmarktpolitisch um die Ersetzung von prekären durch tarifliche Arbeitsplätze.

Der Antrag fand nur einzelne Unterstützerinnen in verschiedenen Parteien. 2014/15 hat der Gemeinderat nun 500 000 Euro für ca. zehn zusätzliche Kräfte bewilligt.

Die Linke hatte die Finanzierung von 40 zusätzlichen Arbeitsplätzen gefordert, teilweise aus Beschäftigungsfördermitteln der Arbeitsagentur. Immerhin ein Teilerfolg. Für die Sauberkeit

in den Stadtteilen muss der Kampf weitergeführt werden.

60 Millionen mehr z.B. für Schulen und Kitas: Seit 2010 wird die Stadt Mannheim bis Ende des Jahres ca. 60 Mio. Euro mehr an Steuereinnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer eingenommen haben, als es die Hebesätze zuvor ermöglicht hätten. Denn Die Linke ging 2010 die Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von 400 auf 4050 Punkte mit. Nur 20% der Mehreinnahmen stammen von MieterInnen, von denen diejenigen mit geringeren Einkommen und Mieten eine Mehrbelastung von ca. 2 Euro im Monat zu verkraften hatten. Die Haupteinnahmen kamen von eher Wohlhabenden und von Besitzern großer gewerblicher Flächen. Die 2010 noch von SPD und Grünen abgelehnte Wiederanhebung der Gewerbesteuer auf den Stand von vor 2000 wurde für den Haushalt 2012/13 von SPD und

Grünen gemeinsam mit der Linken endlich durchgesetzt. Deswegen ist noch kein Unternehmen zusammengebrochen.

Eine Rampe von der Dammstraße zum Neckar: Gestützt auf die Prioritätenliste der SG Barrierefreiheit beantragte Die Linke bei den letzten Haushaltsberatungen die Finanzmittel für den überfälligen Bau einer rollstuhlgerechten Verbindung zwischen Alter Meßplatz / Dammstraße und Neckarwiese. Nachdem SPD und Grüne Zustimmung signalisierten (so wie Die Linke auch vielen vernünftigen Anträgen dieser Parteien die Mehrheit verschafft hatte) übernahm die Verwaltung den Antrag. Baubeginn zweite Jahreshälfte 2014.

Preiswertes Wohnen als Thema gesetzt: Dass es für MieterInnen im unteren und mittleren Einkommensbereich immer schwieriger wird, passen-

den und bezahlbaren Wohnraum zu finden, diese Wahrnehmung hat lange gebraucht, bis sie den Weg in den Gemeinderat und schließlich auf die Plakate fast aller Parteien gefunden hatte. Aber gelöst ist damit noch kein einziges Problem. Die Linke hat mit einer ausführlichen Anfrage das Thema in den Gemeinderat und vor allem in den Ausschuss für Technik und Umwelt (AUT) gebracht. War bisher der Tenor: „Wir haben doch die gute GBG“, gibt es jetzt wenigstens schon Diskussionen, wie preiswerter Wohnraum erhalten und neuer gebaut werden kann. Die Abrisswut weicht Sanierungsanstrengungen. Die Konversion ist keine Lösung des Problems – sie bietet Möglichkeiten. Ohne massive Wohnungsbauförderung wird es jedoch keine Besserung geben.

... und vieles andere mehr

Thomas Trüper

Nach dem SPD + Grüne/Rosa Liste ihre bei der Kommunalwahl komfortable Stadtratsmehrheit verloren hatten, suchte der in der Stichwahl trotzdem erfolgreiche SPD-Oberbürgermeister zunächst eine Mehrheit links von der CSU und den noch weiter rechts stehenden Parteien. Da OB Reiter mit der Linken nicht direkt verhandeln wollte, wäre eine Zusammenarbeit mit der ÖDP nötig gewesen. Diese Verhandlungen scheiterten an der Frage der Kohlverstromung im Münchner Heizkraftwerk Nord (wir berichteten in der letzten Ausgabe).

Seitdem verhandeln SPD, Grüne

Rosa Liste mit der CSU. Nach letzten Meldungen sind nun auch diese Gespräche gescheitert. Wie es heißt, habe die CSU verlangt, bei der bald fälligen Neubesetzung des Kreisverwaltungsreferates (Ordnungsbehörde) zum Zuge zu kommen. Tatsächlich war die städtische Ordnungsbehörde allzu viele Jahre in der Hand von CSU-Politikern gewesen, die seither in der Bundespolitik als ausgewiesene Rechte bekannt wurden. So Gauweiler, der sich seinerzeit zu Beginn der Aids-Epidemie für eine Kennzeichnung der Erkrankten (Tätowierung) ausgesprochen hatte. Uhl belastete die Stadt durch eine ex-

trem repressive Flüchtlingspolitik. Es ist nicht erstaunlich, dass Rot-Grün die städtische Ordnungsbehörde nicht in dieser Tradition vergeben wollte.

Im Münchner Stadtrat wird es zu wechselnden Mehrheiten kommen, und es werden sich auch Chancen für linke Projekte zeigen.

Die Kreispartei der Linken hat einstweilen noch große Schwierigkeiten, sich auf diese Lage einzustellen. Wir dokumentieren den Bericht über eine Kreismitgliederversammlung, die zum Rücktritt des Münchner Kreisvorstandes führte.

Martin Fochler

München: Nach enttäuschendem Kommunalwahlergebnis: Kreisvorstand der Münchner Linken zurückgetreten!

Auf einer Mitgliederversammlung am Samstag, den 26. April hat der geschäftsführende Kreisvorstand der Münchner Linken nach intensiver Diskussion seinen Rücktritt erklärt; er übernimmt damit die politische Verantwortung für das enttäuschende Ergebnis bei der Kommunalwahl.

Mit Brigitte Wolf und Cetin Oraner hatten nur noch zwei Vertreter*innen der Linken den Einzug ins Rathaus geschafft. Beide Stadträte haben sich zwischenzeitlich – einem Beschluss einer weiteren Mitgliederversammlung Anfang April entsprechend – mit ihren beiden Kolleg*innen von der ÖDP zu einer Ausschussgemeinschaft zusammengeschlossen.

Für eine innerparteiliche Kontroverse sorgte auch die Mitgliedschaft von Cetin Oraner in der DKP, der allerdings als Kandidat der Migrant*innen und ohne Absprache mit der DKP auf der offenen Liste der Linken angetreten war. Eine knappe Mehrheit der

anwesenden Parteimitglieder forderten Oraner zum Mandatsverzicht auf, weil er sie über diese Mitgliedschaft im Unklaren gelassen habe. In der Debatte wurde jedoch mehrfach betont, dass Cetin Oraner – unabhängig davon, ob nun mit oder ohne DKP-Etikett – von rund 10 000 Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden sei, und zwar insbesondere von Tausenden von Münchner*innen mit Migrationshintergrund. Diese setzten große Hoffnungen „in ihren Stadtrat“, die von der Partei nicht im Nachhinein zerstört werden dürften.

Unter Hinweis auf Oraners DKP-Mitgliedschaft hatten SPD und Grüne eine Zusammenarbeit mit der Linken ausgeschlossen. „Ob eine solche Kooperation überhaupt zustande gekommen wäre, erscheint jedoch angesichts der nicht unerheblichen inhaltlichen Differenzen in den stadtpolitischen Zielen – wie z.B. dem Verzicht auf den

zweiten S-Bahn-Tunnel oder der durch SPD und Grüne verursachten Probleme bei den städtischen Kliniken – mehr als fraglich“, erklärte die bisherige Sprecherin der Münchner Linken, Annemarie Fingert. „Bereits die von uns mitgetragene Forderung der ÖDP nach einer Stilllegung des Steinkohlkraftwerks Nord bis 2020 war für SPD und Grüne Grund genug, die Kooperationsgespräche abubrechen.“

„Wir haben im Wahlprogramm und im Wahlkampf genau die Themen angesprochen, die die Münchnerinnen und Münchner bewegen: Arbeit und Wohnen, Gesundheit und Verkehr“, betonte Jürgen Lohmüller, Sprecher der Münchner Linken. „Aber es ist uns nicht gelungen, als Alternativesichtbar zu werden für die Menschen, wir haben sie nicht erreicht. Deshalb werde durch den gemeinsamen Rücktritt nun der Weg freigemacht für einen Neuanfang.“

<http://www.dielinke-muc.de>

SPD-Kürzungspolitik gefährdet Kinder- und Jugendarbeit: HAMBURG. Die Kürzungspolitik des SPD-Senats gefährdet die offene Kinder und Jugendarbeit in Hamburg in zunehmendem Maße. Weder die Investitionen für die Zukunft noch die Mittelzuweisungen für den laufenden Betrieb decken den Bedarf. „Häuser der Jugend, Bauspielplätze oder Jugendcafés vergammeln, weil dringend benötigte Sanierungen seit Jahren aufgeschoben werden. Die Neubautätigkeit ist schon lange auf niedrigem Niveau. 2015 und 2016 soll sie nach den Plänen der Sozialbehörde noch einmal absinken“, warnt Norbert Hackbusch, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Nur in das Projekt JUS IT wird immer weiter Geld gesteckt.“ Dabei ist der Nutzen dieses Systems mehr als fragwürdig. Das wird auch noch einmal durch die Kritik der ASD-Beschäftigten und des Datenschutzbeauftragten deutlich. „Dieses Projekt ist zur Elbphilharmonie der Sozialbehörde geworden und frisst den Großteil der Investitionen in diesem Bereich“, so Hackbusch. Auch beim Betrieb der Einrichtungen wird gekürzt – allein um zehn Prozent im Haushalt 2013/14. Und die Refinanzierung der Tarifsteigerungen und der Betriebskosten wird nach Auswertung der Anfragen der Bezirksfraktionen Die Linke im Wesentlichen aus Restmitteln gezahlt und ist damit unsicher finanziert. „Das führt natürlich zu weiteren Absenkungen der Qualität und zur Tariffucht in den Einrichtungen“, erklärt Mehmet Yildiz, Fachsprecher für Kinder, Familien und Jugend der Fraktion. „Doch Kinder und Jugendliche brauchen selbstbestimmte Zeit. Das war bisher auch gewährleistet, weil die Einrichtungen die bisherigen Prinzipien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit umgesetzt haben: Niedrigschwelligkeit, Partizipation und Gebührenfreiheit. Die SHA-Mittel sehen das aber nicht vor, deshalb nutzen die Einrichtungen sie auch nur sehr eingeschränkt“, so der Fachabgeordnete. „Die Fraktion Die Linke fordert deshalb eine landesweite Evaluation dieser Entwicklung in der offenen Kinder und Jugendarbeit.“ Yildiz und Hackbusch warnen erneut vor den Folgekosten, die diese Kürzungspolitik insbesondere in nachgelagerten Sozialsystemen haben wird.

www.die-linke-hamburg.de

Armutsvoyeurismus à la CDU: DORTMUND. Die OB-Kandidatin Littmann und der EU-Parlamentskandidat Wegener stiefeln durch die Hinterhöfe der Nordstadt und bestaunen die Ergebnisse ihrer unsozialen Politik. Die CDU hat der EU-Freizügigkeit im EU-Parlament zwar immer zugestimmt,

aber über die Folgen dieser Entscheidungen wurde nicht nachgedacht. Diese von ihnen selbst herbeigeführten Probleme sollen nun „eingedämmt“ werden. „Richtig wäre es, Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nicht nur in Dortmund, sondern in ganz Europa“ sagt Nancy Ann Ritschl, für Die Linke als sachkundige Bürgerin im Sozialausschuss. Den Zuzug von minderjährigen Flüchtlingen kann Frau Littmann nur als Problem begreifen, anders sind ihre Worte nicht zu verstehen, wenn sie die Clearingstelle in Eving schließen will. Das Leid und Elend dieser jungen Menschen aus Kriegsgebieten und Armutsländern scheint spurlos an ihr vorbeizugehen. „Als Kandidatin für das Oberbürgermeisteramt sollte Frau Littmann eigentlich wissen, dass man allen Menschen in dieser Stadt verpflichtet ist!“ wundert sich Ritschl. „Wir als Die Linke werden uns immer für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen sowie für ein solidarisches Europa ohne Ausgrenzung und Repression kämpfen!“

www.dielinke-dortmund.de

Lärm macht krank! FRANKFURT A.M. Am 30. April fand zum 17. Mal der „Tag gegen Lärm“ statt. Das Bündnis der Frankfurter Bürgerinitiativen gegen Fluglärm ruft gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Verkehrslärm zu einer Mahnwache am Römerberg gegen Flug-, Bahn- und Straßenlärm auf. Symbolisch wurde der Beginn auf 5 vor 12 Uhr gelegt, um auf die immer wieder leeren Versprechen der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker aufmerksam zu machen. Dazu erklärt Carmen Thiele, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Römer: „Lärm ist eine Katastrophe für alle Betroffenen. Als Großstadt und Verkehrsknotenpunkt ist Frankfurt hiervon ganz besonders betroffen. Die Dauerlärmbelastung führt nachweislich zu enormen Gesundheitsschäden. Aber noch immer ist in Frankfurt keine Besserung in Sicht. Viel zu wenig wird unternommen, um zu einer spürbaren Entlastung zu kommen.“ Ziel müsse eine nachhaltige Verkehrspolitik auf allen Ebenen sein, die sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Dimensionen berücksichtige. Thiele weiter: „Die Menschen müssen auch in der Stadt endlich wieder vernünftig schlafen können! Die gesetzlichen Vorgaben zum Gesundheitsschutz und zur Lärminderung müssen daher uneingeschränkt umgesetzt werden. Dazu brauchen wir mehr finanzielle Mittel für sofortige Lärmschutzmaßnahmen und neue Konzepte für den Straßenverkehr. Für den Flughafen Frankfurt muss endlich ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr gelten. Die Nordwestlandebahn muss wieder geschlossen und die

Flugbewegungen auf maximal 380 000 pro Jahr gedeckelt werden.“ Die Linke unterstütze die Bürgerinitiativen in ihrem Kampf gegen Lärm und wünscht ihnen einen langen Atem.

www.dielinke-im-roemer.de

Schwarzgrüner Realitätsverlust: BONN. Zur Haushaltsentwicklung der Stadt Bonn erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion im Rat, Dr. Michael Faber: Die Stadtverwaltung vermeldet katastrophale Zahlen für die städtische Haushaltsentwicklung. Hauptursächlich hierfür sind Mindereinnahmen in Höhe von 50 Mio. Euro. Das belegt deutlich: Die Stadt Bonn hat ein Einnahmeproblem! Hier muss die Stadt etwa durch mehr Konzernbetriebsprüfer gegensteuern. Kahlschlag bei der örtlichen Einrichtungsstruktur wäre hingegen die völlig falsche, da nicht ursachengerechte Antwort auf die Notlage. Abenteuerlich wird es, wenn zeitgleich CDU und Grüne in ihrer Ratsbilanz noch verlautbaren: „Das Jahr 2013 wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Rahmen der von schwarzgrün beschlossenen Haushaltsstrategie bleiben, die ein von Jahr zu Jahr sinkendes Defizit im Haushalt vorsieht und 2017 ein strukturelles Plus erreichen soll.“ Das ist angesichts der aktuellen Zahlen und der jüngsten Entwicklung entweder bewusste Täuschung der Öffentlichkeit oder Ausdruck totalen Realitätsverlustes. In Anbetracht der desaströsen Haushaltslage wäre jetzt endlich ein Nachtragshaushalt erforderlich. Aber politische Steuerung und Verantwortungsübernahme ist von der schwarzgrünen Ratskoalition auch hier wieder nicht zu erwarten. Enttäuschend ist aus Sicht der Linksfraktion auch die Reaktion der Verwaltungsspitze. OB und Kämmerer beschränken sich einmal mehr auf allgemeine Sparappelle, ohne wirklich konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung zu unterbreiten. Auch ein freiwilliges HSK ist zunächst nur eine leere Hülle – entscheidend sind aber die Inhalte!

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

EABG-Tarifvertrag sofort umsetzen: ESSEN. Die Linke. Essen ist empört, dass die Umsetzung des Tarifvertrages für die Beschäftigten der EABG durch die Stadtverwaltung immer weiter verschleppt wird. Die Hinhaltetaktik von Oberbürgermeister und Kämmerer ist unsozial. Dazu Gabriele Giesecke, Ratsfrau und Spitzenkandidatin der Linken zur Kommunalwahl: „Die Beschäftigten der EABG leisten gute Arbeit, dafür müssen sie auch gut bezahlt werden – und zwar jetzt.“ Die Linke kritisiert besonders, dass hier ein Tarifvertrag blockiert

wird, der sogar noch 20 Prozent unterhalb des Tarifvertrages des Öffentlichen Dienstes liegt. Damit entspricht er Anforderungen des „Konsens für gute Arbeit“, den der Rat der Stadt gebilligt hat, voll und ganz. Die Linke hat die Möglichkeit zur Absenkung von Tarifen, die im „Konsens“ für städtische Betriebe möglich ist, die sonst gegebenenfalls im Wettbewerb nicht bestehen können, eigentlich immer abgelehnt und hält an diesem Grundsatz auch fest. Wenn jetzt aber nicht mal Tarifverträge anerkannt werden, die dem „Konsens“ entsprechen, so ist einer weiteren Tariffucht städtischer Beteiligungsgesellschaften Tür und Tor geöffnet. Gabriele Giesecke weiter: „Ich habe völliges Unverständnis, dass ein SPD-Oberbürgermeister sich von einem CDU-Kämmerer quasi am „Nasenring“ führen lässt, wenn es um die Missachtung von Arbeitnehmerrechten geht. Hier erwarte ich, dass die SPD, die sich für den Tarifvertrag ausgesprochen hat, ihren Oberbürgermeister schnellstens ins „Tarifboot“ zurückholt. Wir werden Verdi und die Belegschaft der EABG und aller anderen städtischen Gesellschaften auf jeden Fall weiterhin uneingeschränkt dabei unterstützen, Tarifverträge durchzusetzen.“ www.dielinke-essen.de

SÖS-Linke: Ab ins Regal: STUTTGART. Der Gemeinderat hat ein Verkehrsentwicklungskonzept beschlossen. Das wird gedruckt, umweltfreundlich versteht sich, und verstaubt dann im Regal. Ein Konzept für die Zukunft würde das Problem der Gegenwart analysieren und gegensteuern. Das Problem der Gegenwart sind die Emissionen des Verkehrs, der Raumverbrauch und die Auswirkungen der Geschwindigkeit auf Mensch, Umwelt und Wirtschaft des wichtigsten Massenverkehrsmittels, des Autos. Statt nun dort anzusetzen, sucht man nach Wegen, weiter machen zu können wie bisher. Man hofft auf das E-Auto. 20 Prozent weniger Autos mit konventionellen Antrieb, dafür mehr E-Autos. Weder fallen diese Autos vom Himmel, noch reicht die Batterietechnik trotz jahrzehntelanger Forschung weiter als 300 km und der Raumverbrauch ist derselbe. Nicht zukunftsfähig. Ab ins Regal. www.domino1.stuttgart.de/grat/ soesundlinke.nsf

Heftige Diskussion im Rat um Rückkauf der Stadtwerke. VELBERT. Die an RWE verkauften Anteile an den Stadtwerken sollen von dem wankenden Energieriesen zurückgekauft werden, beantragte Die Linke in der Ratssitzung am Dienstag. Die SPD, die diese Forderung selbst im Wahlprogramm stehen hat, zeigte sich unschlüssig. Der Kämmerer Lukrafka, der zugab, dass der Kauf

wahrscheinlich gegenwärtig weniger kosten werde, als beim Verkauf eingenommen worden war, erkannte den Sinn des Antrages nicht. Dabei ist die Stromversorgung eine Grundaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, und die Gewinne der Stadtwerke täten dem klammen Velberter Haushalt gut. Am Ende aber willigte der Rat ein, einen Prüfauftrag an die stadteigene Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (BVG) zu erteilen. *Aus dem Antrag der Linken:* Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat einen Plan für den Rückkauf der an RWE veräußerten Anteile an den Stadtwerken Velbert vorzulegen. Dieser kann einen schrittweisen Rückkauf oder einen Rückkauf im Gesamtpaket beinhalten. Begründung: Die Versorgung der Velberter Bürger mit Strom und Gas, Wasser und der Betrieb von Schwimmbädern gehört zur Sicherstellung der Grundbedürfnisse der Velberter Bürger. Gleichzeitig werfen die Stadtwerke Gewinn ab. Die Rückkehr zum vollen Engagement hier ist sowohl auf Grund der Verantwortung der Stadt für die hier lebenden Menschen, als auch unter haushalterischen Gesichtspunkten geboten. „Die vor allem in den 1990er Jahren durchgeführten Privatisierungen von natürlichen Monopolen werden heute weithin als Fehler angesehen: Einer von der Deutschen Bank in Auftrag gegebenen Studie nach planen 26 Prozent der deutschen Städte und Gemeinden in den nächsten fünf Jahren ihre Stadtwerke durch Anteilsrückkäufe oder eine Rücknahme von Konzessionen wieder der öffentlichen Hand zu übertragen. Ein weiteres knappes Viertel der Kommunen hat solch eine Rekommunalisierung bereits in den letzten fünf Jahren durchgeführt.“ www.dielinke-velbert.de

Hartz IV-Empfängerzahlen im April: BERLIN. Der Deutsche Landkreistag hat die SGB II-Empfängerzahlen (Hartz IV) für den Monat April veröffentlicht und stellt sie in Relation zu den Einwohnerzahlen dar. Im April 2014 erhielten 6,14 Mio. Personen SGB II-Leistungen. Im April ist typischerweise im Jahresverlauf ein Rückgang der Hilfebedürftigkeit zu verzeichnen. Lediglich in den ersten beiden Jahren nach Inkrafttreten des SGB II sowie im Jahr 2009 und im letzten Jahr gab es im April einen Anstieg der Zahlen. In der langfristigen Entwicklung zeigt sich, dass die Zahl der Leistungsberechtigten vier Phasen aufweisen: Der Anstieg in den ersten beiden Jahren, der stetige Rückgang zwischen 2007 und 2009, der krisenbedingte Anstieg im Jahr 2009 bis Anfang 2010 und seitdem wiederum der stetige Rückgang. Getrieben wird die positive Entwicklung durch den krisen- und konjunkturunabhän-

gigen Rückgang der Zahl von Leistungsberechtigten in den fünf Flächenländern im Osten. Seit Mitte 2006 ist hier ein stetiger Rückgang zu verzeichnen, während die Entwicklung in den Stadtstaaten von Stagnation geprägt ist. Somit resultieren die Gesamtveränderungen maßgeblich aus der Entwicklung in den Flächenländern im Westen. Die aktuelle Entwicklung ist im Einzelnen durch folgende Eckdaten gekennzeichnet: Im April befanden sich nach den hochgerechneten Daten rund 6,14 Mio. Menschen im Leistungssystem SGB II. Die Hilfebedürftigkeit im SGB II spreizt sich zwischen 3,4 % der Einwohner in Bayern und 17,1 % in Berlin. Somit bezieht im Osten jeder zehnte (10,3 %) und in den Stadtstaaten jeder siebte Bundesbürger (14,8 %) Hartz IV-Leistungen, in den Flächenländern West ist es jeder sechzehnte (6,4 %). Gegenüber dem Vormonat März 2014 ist die Zahl der Leistungsbezieher um 0,3 % gesunken (um ca. 20.300). Gegenüber dem Vorjahresmonat April 2013 liegt die Zahl unter dem damaligen Niveau (-0,87 %). Im Vorjahresvergleich zeigt sich eine unterschiedliche Entwicklung: Während in den Flächenländern West die Hilfebedürftigkeit gegenüber dem April 2013 um 0,3 % gestiegen ist, ist in den östlichen Flächenländern mit -4,2 % weiterhin ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. www.landkreistag.de

Verfehlte Bundespolitik verschärft soziale Spaltung. HANNOVER. Laut dem jüngsten Bericht über Kinderarmut in Hannover steigt die Zahl betroffener Kinder seit dem Jahr 2010 wieder an. Mehr als ein Viertel aller Kinder sind hier auf staatliche Unterstützung angewiesen. Fast die Hälfte darunter haben alleinerziehende Eltern. Ein Drittel bekommt sogar staatliche Hilfe, obwohl die Eltern arbeiten. Gun- da Pollok-Jabbi, jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Rat, warnt deshalb vor einer zunehmenden sozialen Spaltung der Stadt. „Es sollte ein Warnsignal für uns sein, dass gerade die Ärmsten der Armen noch ärmer werden. Damit verfestigt sich die soziale Ausgrenzung immer mehr. Insbesondere Alleinerziehende und ihre Kinder sind einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt, da müssen wir gegensteuern.“ Die Linksfraktion fordert deshalb, den Hannover Aktiv Pass auch an Geringverdiener bis zur Armutsschwelle von 980 Euro Einkommen im Monat auszugeben. Auch müsse es für Inhaber des Hannover Aktiv Passes endlich Sozialtarife für Strom und Gas und für die Kinder ein kostenloses Schulmittagessen geben. (Zusammenstellung: ulj)

Sind 45 Jahre Rentenbeiträge genug?

Am 23. Mai soll der Bundestag, bis zur Sommerpause auch der Bundesrat das sogenannte „Rentenpaket“ der Bundesregierung verabschieden. Kurz vor der Schlussabstimmung im Bundestag läuft die Propagandakampagne insbesondere aus dem Arbeitgeberlager gegen das Paket auf Hochtouren. Aber auch andere Kreise, darunter die grüne Bundestagsfraktion, laufen Sturm gegen das Gesetz, das zum 1. Juli 2014 in Kraft treten soll.

Dabei wird teilweise in die unterste Schublade gegriffen, um das Vorhaben der Bundesregierung, neben dem Mindestlohngesetz einer der wenigen Erfolge der Gewerkschaften im Regierungsprogramm, noch zu stoppen.

Worum geht es? Der Gesetzentwurf der Regierung enthält im wesentlichen drei Teile:

- für abhängig Beschäftigte, die 45 Jahre oder länger Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt haben, soll künftig die Möglichkeit bestehen, sofern sie 63 Jahre oder älter sind, ohne Kürzung der Rentenbezüge aus dem Arbeitsleben auszusteigen und ihre gesetzliche Rente zu beziehen. Nicht einbezogen in diese Regelung sind Anwartschaften aus betrieblichen Altersvorsorgeeinrichtungen. Bezüge aus betrieblichen Rentensystemen werden wie bisher erst mit dem gesetzlichen Rentenalter von 65 Jahren plus x Monaten ausgezahlt. Ebenfalls nicht einbezogen sind Zeiten einer sog. „freiwilligen“ Beitragszahlung, das heißt Zeiten von Selbstständigkeit. Nach Angaben der Regierung wird die „45-Jahre-Rente“ im Jahr 2014 etwa 0,9 Milliarden Euro kosten, bis 2030, also in 16 Jahren, sollen die jährlichen Kosten auf 3,3 Milliarden Euro im Jahr ansteigen. Das sind Mehrkosten von weniger als 5% der jährlichen Rentenversicherungsbeiträge bzw. weniger als 1% Rentenbeitrag. Wobei derzeit alle Seiten nur wild spekulieren, wie viele Beschäftigte die neue Regelung vermutlich in Anspruch nehmen werden.

- Teil zwei des Pakets ist die sogenannte „Mütterrente“. Sie gilt bisher schon, aber nur für Kindererziehungszeiten ab 1992. Künftig soll auch für Kindererziehungszeiten vor 1992 ein Jahr mehr bei der Rentenberechnung angerechnet werden. Das entspricht aktuell etwa 26 bis 28 Euro mehr Rente im Monat. Diese „Mütterrente“ soll nach Schätzungen der Regierung jährlich mehr als 6 Milliarden Euro Mehrkosten nach sich ziehen, d.h. mehr als doppelt so viel wie die Rente nach 45 Beitragsjahren. Strittig ist hier insbesondere die Finanzierung. Eigentlich gilt – wie schon bei der alten „Mütterrente“ – der Grundsatz, dass nicht durch Versicherungsbeiträge

erworbene Leistungen durch Steuerzuschüsse des Bundes in die Rentenversicherung bezahlt werden müssen. Das fordern die Arbeitgeber, das fordert auch der DGB. Das will aber der Finanzminister und die Regierung nicht, um die Kasse des Bundes zu schonen.

- Dritter Teil des Rentenpakets sind entsprechende Verbesserung der Renten bei Schwerbehinderung bzw. Erwerbsunfähigkeit.

Man sollte meinen, dass der einfache Gedanke „45 Jahre Beitragszahlung in die Rente muss reichen“ auf wenig Widerstand stößt. Aber weit gefehlt! Eine Allianz aus der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM, eine Marketing-Organisation des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall) und der grünen Bundestagsfraktion bildet die Sturmfront der Kritik. Die INSM verbreitet bundesweit Plakate, auf denen behauptet wird, die ungekürzte Rente nach 45 Beitragsjahren koste „über 160 Milliarden Euro“. Das ist schlicht gelogen. Die jährlichen Mehrkosten des gesamten Rentenpakets der Regierung belaufen sich auf bis 2030 nach derzeitigen Schätzungen auf 9 bis 11 Milliarden Euro pro Jahr. Tatsächlich entsteht diese Summe von 160 Milliarden Euro Mehrkosten nach übereinstimmenden Schätzungen aller Seiten bis 2030, also in den nächsten 16 Jahren, für das gesamte Rentenpaket. Zwei Drittel davon macht die „Mütterrente“ aus, worüber das INSM brav den Mantel des Schweigens deckt, um sich mit der CDU/CSU nicht anzulegen. Aber egal: Den Arbeitgebern passt die ganze Richtung nicht. Wenn in Australien gerade die „Rente mit 70“ beschlossen wurde, ist jedes Gesetz, das einen früheren Rentenbezug möglich macht, in ihren Augen ein Schritt in die völlig falsche Richtung. Wobei noch hinzuzufügen ist, dass Gesamtmetall genau weiß, dass das Rentenpaket der Regierung auch den Tarifvertrag zwischen IG Metall und Gesamtmetall für einen flexiblen Übergang in die Altersrente außer Kraft setzt, so dass die IG Metall dieses Thema mit den Arbeitgebern neu verhandeln muss. Man geht vermutlich nicht fehl in der Annahme, dass ein Teil der Propaganda von INSM und Gesamtmetall schlicht tarifpolitische Vorbereitung der Arbeitgeber für die Neuverhandlung dieses Tarifvertrages mit der IG Metall ist.

Der grüne Bundestagsabgeordneter Markus Kurth hat schon früh den polemischen Vorwurf verbreitet, die Rente nach 45 Beitragsjahren bediene exklusiv den „deutschen Facharbeiteradel“, und reist seitdem mit diesem „Argument“ durch die Lande. Tatsächlich engagieren sich insbesondere die Industrie- und Gewerkschaften IG Metall und IGBCE

sowie die Gewerkschaft BAU, also die Gewerkschaft der Bau- und Landarbeiter, innerhalb des DGB für dieses Projekt. Das hat auch damit zu tun, dass diese drei Gewerkschaften insbesondere gewerbliche Arbeitnehmer vertreten. Aber ausgerechnet schwer arbeitende gewerbliche Arbeitnehmer in der Industrie und im Handwerk, auf dem Bau und in der Landwirtschaft mit dem Vorwurf „Adel“ zu belegen, wo jedem Historiker bekannt ist, dass der Adel jahrhundertlang die gesellschaftliche Klasse war, die NICHT gearbeitet hat, sondern andere Klassen für sich arbeiten ließ – dazu braucht es schon ein besonders bösartiges Gehirn. Wobei noch gesagt werden muss, dass der Bundestagsabgeordnete Markus Kurth nach 12 Jahren Abgeordnetendasein im Bundestag schon heute einen höheren Rentenanspruch hat als alle deutschen Facharbeiter, ohne dafür auch nur einen Cent Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt zu haben. Ohnehin kommen viele Kritiker der „ungekürzten Rente nach 45 Beitragsjahren“ aus Kreisen, die mit sehr viel kürzerer Beitragszahlung eine ungekürzte Rente erwarten dürfen.

Wirklich kritisch: Das Rentenniveau sinkt weiter

Ein tatsächliches Problem des Rentenpakets bleibt bei dem Lärm um Mütterrente und „Rente nach 45 Beitragsjahren“ unangesprochen. Das Rentenniveau, d.h. der Standard für neue Renten, sinkt bis 2020 weiter. Nach übereinstimmenden Angaben aller Fachleute wird das Niveau neuer Renten bis 2020 aufgrund der schon unter Rot-Grün (mit aktiver Mitwirkung des Abgeordneten Markus Kurth) und dann unter Schwarz-Gelb bekräftigten sogenannten „demografischen Komponente“ bei der Rentenberechnung gegenüber dem derzeitigen Niveau noch einmal um etwa 10% sinken. Die Folge: Schon 2020 werden neue Renten selbst bei 40 oder 45 Jahren Beitragszahlung nur noch knapp oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen. Armut im Alter ist selbst bei langer Beitragszahlung absehbar, ganz zu schweigen von den Rentenanwartschaften von Millionen Minijobbern, Teilzeitkräften und Niedriglohnbezieher. Dieses Rententhema bleibt durch das Paket der Bundesregierung unkorrigiert. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und andere werden noch hohe Hürden überwinden müssen, bevor auch dieser Teil der rot-grünen und schwarz-gelben Rentenreformen korrigiert ist.

Rüdiger Lötzer

Quellen: Bundestagsdrucksache 18/909, Neues Deutschland, Berliner Zeitung, 6. Mai 2014, FAZ vom 11.5.2014

Ärzte, Lokführer und Piloten mobilisieren gegen Tarif- und Gewerkschaftseinheit

Das war zu erwarten. Mit Online-Petitionen, Kundgebungen und Resolutionen rebellierten ständische Berufsorganisationen wie die sogenannte Ärztegewerkschaft „Marburger Bund“ und die Pilotenvereinigung „Cockpit“ sowie andere vor und gegen den Bundeskongress des DGB in Berlin im Mai dieses Jahres. Diese Berufsgewerkschaften machen bekanntlich Tarifpolitik zu Gunsten einer kleinen, privilegierten Minderheit der Beschäftigten, die zu Lasten der Mehrheit der Beschäftigten geht.

Aktuell allerdings fürchten die Spartenwerkschafter um ihr Geschäftsmodell und fordern vom DGB Solidarität im Kampf um Erhalt der Tarifpluralität und gegen die Einschränkung des Streikrechts für Berufsgewerkschaften.

Die Vorgeschichte: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat im Juli 2010 endgültig entschieden, dass durch Rechtsprechung entstandene Prinzip der Tarifeinheit nicht weiter anzuwenden.

Tarifeinheit bedeutet, dass im selben Unternehmen nur ein Tarifvertrag gilt, und zwar nach dem „Prinzip der Spezialität“. Demnach erlangte stets der „speziellere“, also der engere, orts-nähere und sachnähere Tarifvertrag Geltung.

Der aktuelle Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht vor, die Tarifeinheit nunmehr gesetzlich zu regeln. Darin heißt es:

„Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.“

Die Arbeitgeberverbände sind erwartungsgemäß für eine gesetzliche Regelung, schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Sie befürchten ansonsten abwechselnde Streiks unterschiedlicher Berufsgruppen in ihren Unternehmen.

In der Tat ist es aber auch unter Gewerkschaftern höchst zweifelhaft, ob das Regierungsvorhaben der Unterstützung wert und überhaupt umsetzbar ist. Im Jahr 2010 hatte der DGB noch gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit gefordert. In den Gewerkschaften, insbesondere in Verdi, traf das Anliegen jedoch auf Widerstand. Tarifeinheit kann nur politisch hergestellt werden,

hieß es. Diese Auffassung findet sich auch in einer Reihe von Anträgen, die dem DGB-Bundeskongress vorlagen.

Die ernsthaften Fragen nach der Gefahr der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung, der Tendenz zur Entsolidarisierung durch das Gebaren der Spartenwerkschaften sind bislang jedoch kaum diskutiert.

Warum sollen die großen Einheitsgewerkschaften hinnehmen, dass die Herkulesaufgabe der Eindämmung des Niedriglohnsektors allein bei ihnen liegt und die Spartenwerkschaften sich ausschließlich den „vornehmen“ Aufgaben widmen?

So beschreibt die Pilotenvereinigung Cockpit z. B. in ihren Appell an den DGB-Bundeskongress selbst wie folgt ihre Aufgabe:

„Spartenwerkschaften zeichnen sich durch wirkungsvolle Vertretung spezifischer Belange von Arbeitnehmer einer bestimmten Berufsgruppe aus.“

Warum soll die Einheitsgewerkschaft Verdi auf Dauer hinnehmen, dass Ärzte des Marburger Bundes sich auf Seiten des Dienstherren gegen den Streik von Krankenschwestern und Pflegekräften stellen und selber ausschließlich ihre eigenen Interessen vertreten?

Warum soll auf Dauer hingenommen werden, dass die Pilotenvereinigung nicht mal ansatzweise Solidarität gegenüber dem Kabinenpersonal zu üben bereit ist, obwohl ohne dieses Kabinenpersonal und ohne Kooperation kein Flugzeug starten kann?

Und warum ist es eigentlich nicht demokratisch, wenn die Belegschaft oder die Gewerkschaftsmitglieder eines Unternehmens entscheiden, welche Gewerkschaft den Tarifvertrag für alle mit der Gegenseite ausfechten soll?

Noch liegt der Gesetzesentwurf der Ministerin für Arbeit und Soziales gar nicht vor. Er ist erst für den Herbst angekündigt.

Wenig zielführend ist zudem, dass die linke Presse fast unisono von FAU bis DKP den Einheitsgewerkschaften des DGB den Vorwurf macht, das Streikrecht und Grundrechte der Verfassung aushebeln zu wollen. Häufig erhalten durch eben diese Presse die Piloten- und Ärztegwerkschaften immer häufiger auch den Titel „Basisgewerkschaft“ zugeschrieben, wahrscheinlich als Gegensatz zur „Funktionärgewerkschaft“ DGB gemeint.

Einige bestimmte „linke Kreise“ hat der historische Fortschritt der Bildung von Einheitsgewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg offenbar immer noch nicht erreicht, bis heute nicht. Schade eigentlich! *Bruno Rocker*

Alternative Netzbetreiber: Garantanten des Netzausbaus. *www.verbaende.com. Pressemitteilung BREKO, Mo., 5.5.14.* Der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) begrüßt die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Arbeitskreises für Regulierungsfragen bei der Bundesnetzagentur zum geplanten „Single-Market-Package“ der EU-Kommission. Darin kommen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis, die Behauptung (von Telekom), „nur gegen übermäßigen Wettbewerb geschützte große TK-Unternehmen seien Garant für Netzinvestitionen“, sei für Deutschland nicht haltbar. Vielmehr hätten die alternativen Netzbetreiber im Zeitraum zwischen 2004 und 2013 den Großteil der Investitionen gestemmt: Insgesamt entfielen auf die Telekom-Wettbewerber hierzulande 34,3 Milliarden Euro beziehungsweise 55,1 Prozent der Gesamtinvestitionen (62,3 Milliarden Euro) – und lediglich 44,9 Prozent auf den Ex-Monopolisten.

Wirtschafts-
presse

Aktion „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“. *DBWV, Mi., 7.5.14* Mit der Vorstellung eines Positionspapiers hat der Dt. Bundeswehrverband seine Aktion „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“ gestartet. Verbandschef A. Wüstner: „... Der Koalitionsvertrag verspricht eine Attraktivitätsoffensive, und Ministerin von der Leyen hat angekündigt, die Bundeswehr damit ‚zukunftsfähig‘ zu machen. Ein entsprechendes Artikelgesetz ist in Arbeit. ... Die wesentliche Herausforderung ist insbesondere nach Aussetzung der Wehrpflicht die Nachwuchsgewinnung, gerade auch aufgrund des demographischen Wandels. Aufgrund der dramatischen Situation in der Ukraine oder in anderen Krisenregionen der Welt beschäftigen sich jetzt wieder mehr Abgeordnete und Staatsbürger mit Begriffen wie Freiheit und Sicherheit und damit auch mit der Frage einer einsatzbereiten und modernen Bundeswehr.“

Good Will statt Bad Bank. *BDS-Pressemitteilungen, Mo., 12.05.14.* Die Pläne deutscher Energieversorger, ihre Atommeiler sowie deren Entsorgungskosten und -risiken in eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu überführen, sind verantwortungslos, so der Bundesverband Deutscher Stiftungen, Generalsekretär Prof. Dr. H. Fleisch, dazu: „Stiftungen sind Ausdruck bürgerschaftlichen Gemeinsinns. Eine Atom-Stiftung des Bundes wäre Ausdruck der Verantwortungslosigkeit. Querelen um Atomausstieg und Energiewende zwischen Politik und Wirtschaft dürfen nicht zu Lasten der guten Reputation von Dritten, den Stiftungen, gehen. Denn hinter Stiftungen steht ein ‚Good Will‘; sie sind keine ‚Bad Bank‘. ...“

Zusammenstellung: rst

Die Geschichte der Ukraine

Jeder hört und liest jeden Tag von den politischen Ereignissen in der Ukraine und muss sich mit deren Deutung auseinandersetzen. Was dort in den letzten 20 Jahren seit ihrer Gründung gelaufen ist, was sie in den letzten 200 Jahre getrieben hat, bzw wie sie getrieben wurde, und ob es sie und wenn dann wie in den letzten 2000 Jahren gegeben hat, ist kaum bekannt, auch den meisten historischen Wissenschaftlern nicht, jedenfalls nicht im Westen. Dieser Überblick über die ukrainische Geschichte soll diese Lücke füllen. Zunächst nur bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. An eine nachfolgende Untersuchung ist gedacht.

I. Die Frühzeit

Wie jede nationale Geschichtsschreibung ist auch die ukrainische bemüht, ihre Ursprünge in möglichst ferne Zeiten zurück zu verlegen. Als unmittelbare Vorfahren gelten ihnen die legendären ostslawischen Anten, die in der „Gotengeschichte“ des Jordanes im 5. Jhd. genannt werden. Aber sie können als reale Gruppe bisher historisch nicht nachgewiesen werden. Im Bereich der südrussischen und ukrainischen Ebene nördlich des Schwarzen Meeres, die von Westen und Osten offen zugänglich ist, hat es hingegen über viele Jahrhunderte (Jhd.) schon vor unserer Zeitrechnung (v.Z.) bis in die Neuzeit zahlreiche Invasionswellen von mittel- und ostasiatischen Völkern gegeben. Historisch und archäologisch erfasst sind aus dem 7. Jhd. v.Z. die Skythen und Sarmaten. Vom 7. bis zum 4. Jhd. v.Z. gab es am Schwarzmeerufer blühende griechische Kolonien. Sie wurden in der Völkerwanderungszeit ab dem 5. Jhd. nach unserer Zeitrechnung (n.Z.) von den ostgermanischen Goten vertrieben. Im 4. Jhd. n.Z. drängten auch die Hunnen unter Attila aus den fernöstlichen Ländern über die offene Steppe der Ukraine weit in den Westen vor. Erst jetzt gerieten die ersten slawischen Stämme, die der Korcak-Kultur, aus dem Gebiet der beiden wichtigsten ukrainischen Flüsse, dem Dnestr und Dnjepr, in Bewegung und leiteten eine vielfältige slawische Expansion in die osteuropäische Tiefebene ein. Sie drängen die dort ansässigen finno-ugrischen und baltischen Stammesverbände nach Norden an die Ostsee ab. Unter all diesen Bevölkerungsgruppen gibt es neben der Verdrängung auch vielfältige Assimilationsvorgänge. Woher die Ukrainer aber ursprünglich stammen und mit wem sie verwandt sind, kann nicht präzise erfasst werden. Ihre Sprache lässt sich erst im 13. Jhd. neben Russisch und Weißrussisch aus dem Ostslawischen ableiten.

Erste osteuropäische Reichsbildungen zeichnen sich im 7. Jhd. bei den Chazaren ab, die

ein multiethnisches Herrschaftsgebiet errichten, und bei den turksprachigen Wolgabulgaren, die ein gut strukturiertes Handelsimperium mit Kontakt zu den mittelasatischen Märkten bilden. Seit dem 8. Jhd. lassen sich in diesem osteuropäischen Raum arabische Münzen nachweisen. Das lässt auf eine beginnende Handelstätigkeit über die Wasserweg von Wolga, Don und Dnjepr schließen. Die Verbindung zum oströmischen Reich von Byzanz, zu den neu entstandenen islamischen Reichen und zu den im Norden an der Ostsee Handel treibenden Waräger oder Nordmannen steht außer Zweifel. Schwedische

Wikinger segeln Flüsse herunter und tragen ihre Boote über die Landstriche zwischen Danzig, Nowgorod und Byzanz durch die Ukraine und verkaufen Pelze, Honig, Wachs und Sklaven.

Im 8. und 9. Jhd. ist diese ethnische, sprachliche und soziale Mischung aus Normannen und ukrainischen Slawen, aus Händlern, Fischern und Ackerbauern, die Grundlage für die Herausbildung eines weiteren dritten Herrschaftsgebietes zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee: der Kiewer Rus, dessen Kernland die heutige Ukraine bildet.

Wer für diese frühe Zeit gerne eine genaue völkische Zuordnung oder Abstammung nachweisen möchte, um damit die eigene ukrainische Identität zu beweisen oder besser: zu konstruieren, bewegt sich dabei im wahrsten Sinne des Wortes auf sumpfigem Gelände. Das ukrainische Gebiet ist wie kaum ein anderes in Europa ein Land, durch das man hindurch zieht, in dem man siedelt, das man erobert, aus dem man vertrieben wird, das man wieder verlässt, in dem man sich assimiliert. Eth-

nische und sprachliche Vermischung bestimmen den Ursprung der Ukraine.

II. Die Kiewer Rus

Der Begriff der Kiewer „Rus“ entstand zweifellos und heute allgemein anerkannt aus der Selbstbezeichnung der warägischen Skandinavier als „Ruderer“. Das Interesse am Fernhandel und dessen Organisation bildeten einen ganz wesentlichen Impuls der Skandinavier für die Entstehung eines organisierten Reiches. Auch die Ostslawen müssen daran interessiert gewesen sein, ein stabiles territoriales abgesichertes politisches Gebilde mit eigener Führungsschicht zu besitzen. Nach der Chroniküberlieferung des Nestor („Erzählung von den vergangenen Jahren“) entstand dieses Reich 882 durch die Vereinigung von Nowgorod und Kiew unter der Warägerherrschaft des Oleg, der auch Kiew zur Hauptstadt seines neuen Reiches machte. Den Chazaren abgeschaut schuf er ein gut funktionierendes Tributsystem für die südlichen Stäm-



In der Mitte markiert: Das Reich von Kiew um 1000.

Die von oben nach unten gehende Linie: Handelsrouten der Waräger.

me der Ostslawen am gut besiedelten Dnjeprbecken. Sein Nachfolger Wladimir – als altrussischer Fürst nun mit slawischem Namen – konnte seinen Thron bereits durch Eroberungen im Bereich des angrenzenden polnischen Königs Mieszko I. sichern. 988 organisiert er mit der „Taufe der Rus“ die christliche Legitimierung seines Reiches. Allerdings in Verbindung mit der griechisch-orthodoxen Kirche von Byzanz und nicht mit dem westlichen päpstlichen Lateinertum. Mit beiden christlichen Religionen hatte er zuvor Kontakte gepflegt. Diese Entscheidung, die in der Ukraine fiel, war der Grund für ein konfliktreiches Mit- und Gegen-einander in den folgenden Jahrhunderten bis in die Neuzeit.

Jaroslav der Weise gab der Kiewer Rus eine territorial strukturierte Erbfolgeordnung mit hierarchisch nachgeordneten Fürstentümern. Kiew blieb mit seiner 1070 erstellten Sophienkirche und dem – 1982 rekonstruierten – Goldenen Tor, das Modest Mussorgsky musikalisch berühmt gemacht hat, religiöses und politisches Zentrum. Für seine Kämpfe und Kriege wurden die Bojaren zur Gefolgschaft verpflichtet und an sie zur Belohnung Grundbesitz verteilt. Von fürstlichen Burgen aus wurde im Umland von unterworfenen Stämmen Tribut eingezogen. Die eigene Landbevölkerung war zur Zahlung von Steuern und Abgaben verpflichtet. Neben relativ freien Bauern gab es auch völlig abhängige Dienstleute. Zahlreiche neue Städte entstehen, um weiter Fernhandel zu betreiben. Ihre Nutznießer sind neben den mächtigen Bojaren auch Kaufleute, Händler und Handwerker. Die Ukraine ist ein sich beständig ausdehnender gut funktionierender feudaler Staat wie es ihn zu der Zeit auch im Westen Europas gibt.

Schwierigkeiten bereiteten der Kiewer Rus die ständigen Einfälle nomadischer Stämme und Völker aus dem ostasiatischen Raum. Als Chan Batu mit seinem Mongolenheer 1240 Kiew erreichte und zerstörte, markierte dies das Ende der Rus. Der letzte große Fürst Vladimir Monomach konnte noch kurzzeitig die Steppe im Süden vor den hereinfallenden reiternomadischen Persen und den Polowzer Kumanen schützen. Aber die daraus resultierende „schleichende Entsiedlung“, die Schleifung der russischen



Feldzug Andrei Bogoljubskis im Jahre 1169. Darstellung in der Nowgoroder Chronik, 15. Jahrhundert

Festungen im Süden und der Ruin des alten Handelsnetzes der Rus, das durch die nordische Hanse an der Ostsee ersetzt wurden, konnten den Untergang nicht mehr aufhalten. Kasimir von Polen besetzte 1349 das Gebiet von Galizien-Wolynien zwischen Lemberg und Brest und beendete damit die Existenz der Kiewer Rus.

Bis in die Neuzeit gibt es heftige ideologische Auseinandersetzungen über die Beurteilung der Kiewer Rus. War sie die erste originäre Herrschaft des neu entstandenen ukrainischen Volkes – wie es Ukrainer vehement vertreten – oder war sie ein in Kiew begonnener Prozess zur Entstehung des später in Moskau geschaffenen Russischen Reiches – wie es natürlich die russische Seite sieht? Kann man den fremden Warägern einen Anteil an der Staatsbildung zubilligen oder war es eine originäre ukrainische, bzw. russische Leistung? Bis heute eine nicht zu überschätzende Identitätsfrage für beide Staaten!

III. Tribut für die Mongolen

Das Gebiet der ehemaligen Rus wurde in vielfältige neue politische Gebilde unter verschiedenen Herrschern umgewandelt. Das alte Zentrum von Kiew konnte zwar 1240 zum Metropo-

litanisitz für die Orthodoxe Kirche erklärt werden (mit Billigung der „patriarchalen“ Zentrale aller Orthodoxen in Byzanz), aber der größte Teil seines Gebietes gehörte nun den Mongolen, und die Bevölkerung unterstand nun den Chananen der „Goldenen Horde“.

Das nordwestliche Galizien-Wolynien konnte sich als ehemaliger Teil der Rus gegenüber den von Osten her einfallenden Tataren gut behaupten. Ihre Fürsten betrieben eine vielfältige und erfolgreiche Außen- und Bündnispolitik mit den Ungarn und Polen. Aber wiederholt gelang es diesen auch, das wolynische Gebiet und den galizischen Thron an sich zu reißen. Ihre Herrschaftsrechte mussten sie sich wiederholt von der „Goldenen Horde“ bestätigen lassen. Galizien-Wolynien gelang es, durch Belebung des Handels und Zuzug von Armeniern, Deutschen und Juden in ihren Städten weitgehend Eigenständigkeit zu bewahren. Handelsbeziehungen wurden von den Mongolen auch nicht unterbunden. Ebenso setzten sie die

vorhandene Bojarenaristokratie nicht ab, solange diese ihren Tribut zahlten. Und in religiösen Fragen waren die Mongolen tolerant. Sie mischten sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Orthodoxen oder Katholiken ein. So konnte unter ihrer Herrschaft im ukrainischen Bereich die ukrainische Sprache und die religiöse Verbindung nach Kiew erhalten bleiben.

IV. Unter der Herrschaft von Litauen und Polen.

Mitte des 13. Jhds. ernannten die Mongolen für die Städte Kiew und Vladimir je einen zuständigen Fürsten. Da erstere 1240 völlig zerstört worden war und große Bevölkerungsverluste hinnehmen musste, übernahm letztere die Nachfolge der alten Rus. Daraus entwickelte sich im Laufe des kommenden Jahrhunderts das neue russische Reich mit der neuen Hauptstadt Moskau. Bis heute hin betont Russland, ihr Reich und nicht das der Ukrainer sei historisch die wahre Fortsetzung der Kiewer Rus.

Weiter im Norden entstand zwischen Memel und Düna an der Ostsee eine weitere politische Großmacht: Litauen. Ähnlich wie Moskau war auch sie um die Sammlung der ostslawischen Länder bemüht. Bald umfasste das Reich

von Meer zu Meer – der Ostsee bis zum Schwarzen Meer – einen gewaltigen Siedlungsraum, in dem nur 10% Litauer, aber 90 % Slawen wohnten. 1385 kam es im „Vertrag zu Krewo“ bei Wilna mit dem angrenzenden polnischen Königreich zu einer Union. 1386 folgte die Heirat zwischen dem Großfürsten Jogila von Litauen und der polnischen Thronerbin Jadwiga. Vertragsgrundlage war, dass er sämtliche Litauer – als letztes heidnisches Volk Europas – für katholisch erklären, also „taufen“ lassen musste. Ursache eines weitreichenden Konfliktes, der über die Jahrhunderte bis in die Neuzeit gewirkt hat. Die westlichen Teile der orthodoxen Ukraine unterstanden von nun an Jahrhunderte lang einer katholischen, polnisch-litauischen Staatsführung. Zunächst noch tolerant gegenüber den andersgläubigen Orthodoxen, wurden diese nun benachteiligt, unterdrückt, verfolgt und zwangsweise missioniert. Ein ihnen fremder litauischer katholischer Adel drang in das ukrainische Land ein, besetzte die höchsten Staatsämter und erhielt dort umfassenden Grundbesitz.

1434 fiel ein neues Reitervolk aus dem Osten kommend in die Ukraine ein: die Krimtataren. Sie schwächten das große Litauen-Polen erheblich, hinterließen im Süden des Landes ein noch heute so genanntes „wildes (entvölkertes) Land“. Die ostslawische Bevölkerung floh oder unterwarf sich. Daraufhin gelang es dem Großfürstentum von Moskau im litauisch-russischen Krieg zwischen 1500 und 1503 die angeschlagenen Litauer zu besiegen und die Teile der heutigen Ukraine für sich zu gewinnen. Ivan III. ernannte sich selbstbewusst zum Erben und „Großfürsten der ganzen Kiewer Rus“. Der größte Teil der Ukraine – fast identisch mit der alten Kiewer Rus – konnte bei Litauen-Polen bleiben. Allerdings wurden nun die Litauer in der „Union von Lublin“ (1569) zwangsweise dem polnischen Staat einverleibt. Und dieser herrschte über den westlichen Teil der Ukraine. Ihre Bewohner waren mit Polen „vom Regen in die Traufe“ gekommen.

Die polnisch-litauische Fürsten-Herrschaft schränkte die bisherige Freizügigkeit der ostslawischen Bauern in ihren autonomen Dorfgemeinschaften erheblich ein und förderte den Machtzuwachs des Adels (der sogenannten polnischen Magnaten und der Szlachta). Gemäß polnischem Rechtsdenken wurde das Ackerland zunehmend Eigentum des Staates oder der adligen und kirchlichen Grundherren. „In der von Polen beherrschtem Gebieten siedelten sich viele polnische, ungarische, deutsche und tschechische Adlige an. Der orthodoxe Adel passte sich, um seine Rechte und Reichtümer nicht zu verlieren, der neuen Ordnung größtenteils an und ließ sich polonisie-

ren und katholisieren. Nur der niedere Adel blieb orthodox.“ (Angermann/Golczewski, S. 42)

Polnische, deutsche und rumänische Bauern wurden als Neusiedler ins Land gelassen. Die – meist katholischen – Deutschen nach deutschem Recht (pro Hof nach Steuereinheiten bemessen), die walachischen und rumänischen nach rumänischem Recht (Pachtzahlungen in Naturalien). Im 14. Jahrhundert hatte noch die Naturalwirtschaft mit Tierzucht, Fischerei und Getreideanbau vorgeherrscht. Jetzt im 16. Jhd. stieg in Westeuropa die Nachfrage nach Getreide, was zu der Hufenreform von 1557 führte. Die Dreifelderwirtschaft wurde eingeführt, die Bodenverteilung an die Bauern beschränkt und die Dörferstruktur durch Gutshöfe und Vorwerke ersetzt. Für die Bauern bedeutete diese Reform eine krasse Verschlechterung, da sie nun zu reinen Zinsbauern und Fronbauern degradiert wurden.

V. Personenverbände, Kosaken und erfolgreiche Aufstände

Viele verarmte Bauern entschlossen sich daraufhin zur Landflucht in das bevölkerungsarme, strukturschwache ukrainische Grenzland südlich von Kiew. Und gerade dieses Gebiet sollte im 17. Jhd. zum Träger einer neuen Selbständigkeit werden, dem „Land der Freiheit“, wie es ukrainische Historiker gerne noch heute bezeichnen.

Seit dem 15. Jhd. war dies Gebiet ständig von tatarischen Überfällen heimgesucht worden. Dies führte zum sozialen Aufstieg einer besonderen Gruppe in der Bevölkerung. In der Umgebung von Burgen hatten hier niedere Dienstleute Tätigkeiten als Boten oder Fuhrleute verrichtet und sogenannte „Hundertschaften“ in burgnahen Dörfern für die Versorgung der Burgbesatzung als Pferde-, Biber-, Bienenzüchter oder Fischer gearbeitet. Solche regionalen Personenverbände waren, weil der ferne Staat keinen effektiven Schutz zur Steppe hin gewährleisten konnte und es auch hier keine adlige polnische Kriegerschicht gab, auf sich gestellt und übernahmen in eigener Regie militärische Sicherungsaufgaben. Sie organisierten sich zunehmend in egalitären Gemeinschaften, die eigenen Grund und Boden nutzen und sich nach eigenständigen Verteidigungs- und Leistungsfähigkeit wie „Freie Krieger“ oder auch Kosaken verhalten konnten. Nach dem Zerfall des tatarischen Herrschaftssystems wurden sie immer häufiger befristet als reguläre Soldaten der polnischen Könige umworben, mit Geld und Textilien besoldet und mit Privilegien versehen. Bald gab es dauerhafte Heeresverbände aus Söldnerkosaken. Reichte ihre Bezahlung nicht aus, requirierten sie

eigenständig Lebensmittel und Vieh. Zu ihnen gesellten sich verarmte und entflohenen Bauern und bald wurden die Kosaken endgültig zum politischen Sprachrohr der mit der Adels Herrschaft unzufriedenen Grenzbevölkerung.

1595-1596 erfolgte durch die lokalen Bauerngemeinschaften unter dem Führer Nalyvajko ein erster Aufstand, indem sie Adlige von ihren Gütern vertrieben. Die polnische Regierung konnte ihrer nur mit militärischen Mitteln Herr werden. Daneben kämpften diese Bauern- und Söldnertruppen wahlweise für das polnische wie das russische Reich, sogar für einen Thronanwärter der Krimtataren und als Söldner im Dreißigjährigen Krieg. Ihr Großer Aufstand von 1648 unter dem Führer Bohdan Chmelnycki sorgte schließlich für den Untergang des von den Bauern verhassten polnischen Reiches. Das Aufstandsheer von zunächst 6000 Leuten wuchs zu einem Massenheer von 300 000 Mann mit hochqualifizierten Kerntrouppen an. Vom orthodoxen Metropoliten begleitet zogen sie als Befreier in Kiew ein und erreichten bei Verhandlungen in Warschau und in dem „Vertrag von Zboriv“, dass sie ein eigenes herrschaftliches Gemeinwesen bilden durften. Als Folge des Aufstandes erhielt Litauen seine Eigenständigkeit zurück und trennte sich von Polen. Polen selber blieb der alte feudale Adelsstaat wie bisher. Im südlichen Grenzland um Kiew, Braclaw und Cernihiv durften fortan nur die Kosaken sowie der orthodoxe Adel und die orthodoxen Metropoliten „regieren“. Anders als bei den meisten westeuropäischen Bauernaufständen war ihr Aufstand erfolgreich – der größte aller Massenaufstände der frühen Neuzeit. Die heutigen Ukrainer mögen sich an diesen Erfolg durch Aufstand gern erinnern und ihn vielleicht auch gerne nachahmen.

VI. Die Hetmane

Nach dem erfolgreichen Aufstand der Zagorsker Kosaken wurden die fremden – polnischen – Magnaten vertrieben und die verhassten Frondienste aufgehoben. Die Bauern konnten zum Acker zurückkehren und die Bürger und orthodoxen Kirchenvertreter schlossen sich ihnen an. Aber der feudale Bedarf an Grund und Boden blieb weiter attraktiv. Ein „verkosakierter“ Adel und die kosakische Heeresverwaltung bemühten sich nun selbst wieder um Grundbesitz. Die davon betroffenen Bauern gerieten nach und nach wieder in alte feudale Abhängigkeiten. An der Spitze des neuen administrativen Systems standen nun für fast 200 Jahre der aus den Kosakenheeren gewählte Kosakenrat und als deren Führer die Hetmane. Um die Verteilung von Land und Gütern gab es bald heftige

auch kriegerische Auseinandersetzungen. Sie führten zu einer gewaltigen Verwüstung des ukrainischen Landes, bekannt unter dem Begriff des Ruins (Ruina).

Die Hetmane führten nicht nur untereinander sondern auch mit den umliegenden Regionen und Völkern Kriege. Aber sie suchten sich auch im Laufe des 17.–18. Jahrhunderts rundum Bündnispartner. Beim russischen Zaren, bei den bisher von ihnen bekämpften Polen und sogar bei Osmanen und Krimtataren. Dem Osmanischen Reich gehörten bereits weite Gebiete westlich und nördlich des Schwarzen Meeres: die Walachei, Moldau und das Chanat der Krim. Russland kontrollierte zumeist die dünn besiedelte an ihrer Grenze liegende linksufrige Ukraine (vom Dnjepr aus betrachtet). Sie titulierte es als „kleinrussisch“, was bis heute für die meisten Ukrainer inakzeptabel ist. Polen behielt seine Vorherrschaft rechts des Dnjepr gegen Westen, aufgliedert in zahlreiche Woiwodschaften mit Kiew, Braclaw, Wollynien und Podolien. Hier war im Unterschied zur katholischen Kirche eine neue „griechisch-katholisch unierte Kirche“ entstanden, die zwar orthodox, aber mit dem Papst in Rom verbunden war.

Im Nordischen Krieg (1700 bis 1721) ging es zwischen Schweden und Russland um die Kontrolle der Ostseeküste. Zunächst standen die Hetmane auf der Seite des Zaren Peter I. des Großen. Anstatt sich mit Hilfe Russlands gegen ihre traditionellen polnischen, tatarischen und osmanischen Feinde zu verteidigen, sollten nun die Hetmane für Russlands Großmachtinteressen im fernen Livland und Litauen gegen die modernen Waffen der Schweden unter Karl XII. antreten. Ivan Mazepa, einer der berühmten Hetmane der Ukraine, wechselte ganz einfach die Seiten, nachdem der schwedische König Karl ihm versichert hatte, er werde die Hetmane von Moskaus Herrschaft befreien. Karl unterlag 1709 in der großen Schlacht an der Poltawa dem Russischen Reich. Aus Rache für den kosakischen „Seitensprung“ massakrierte der russische Kommandeur Alexander Menschikow kurzerhand 6000 Bewohner von Baturyn. Der Hetman Orlyk zog daraufhin mit einem Manifest im Westen Europas von Hauptstadt zu Hauptstadt – nach Frankreich, Polen, Schweden und zu den Osmanen –, um die Befreiung vom moskowitzischen Joch zu erreichen. Erfolglos: Die ukrainische Autonomie verfiel zunehmend und wurde Opfer der Zentralisierungspolitik Russlands. Es begann die Zeit der Russifizierung. *Edda Lechner*

Quelle: Frank Golczewski, HRG: „Geschichte der Ukraine“, 1993

Wir dokumentieren die Rede von Alexis Tsipras beim Berliner Parteitag der Linken. Mehr zum Parteitag siehe Seite 2 dieser Ausgabe.

„Mit unserer Stimme gestalten wir unser Schicksal“

Rede von Alexis Tsipras, Vorsitzender von Syriza (Griechenland), Spitzenkandidat der Europäischen Linkspartei für die Europawahl

Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde! Ein paar Tage bleiben noch bis zur wichtigsten Wahl in der Geschichte der Europäischen Union. Diese Wahlen sind nicht die der neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments. Wir stimmen ab über neue Machtverhältnisse in einem Europa, das an einem Scheideweg steht. Wir geben unsere Stimme für den Stopp der zerstörerischen Sparpolitik. Wir geben unsere Stimme, um die Demokratie zurückzugewinnen. Wir stimmen für unser Leben. Wir geben unsere Stimme, um diese „Mauer aus Geld“ abzureißen. Und um das Nord-Süd-Gefälle zu überwinden. Diese Teilung zerstört die europäische Idee, zerstört Europa. Das Frage ist klar: Für ein Europa der Völker oder ein Europa der Bankiers? Für eine Sparpolitik, die Europa tötet, oder für Demokratie und Solidarität, die Europa vereint? Für die Europäische Linke oder für Frau Merkel? Und die Antwort ist klar: Vorwärts mit der Europäischen Linke. Mit der Linken und Syriza.

Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, Ich bringe Euch die Botschaft der Hoffnung, die ich aus allen Ecken Europas mitbekomme. Ich bringe Euch den Optimismus und die Erwartungen der einfachen Bürger Europas. Sie sind überzeugt, dass die Linke die angenehme Überraschung der Europawahlen sein wird. Das können wir, das müssen wir, das wollen wir sein. Weil die Zeit gekommen ist. Die Zeit der Demokratie. Die Zeit für Veränderungen. Ein anderes Europa ist nicht nur ein Motto von uns. Es ist die Erwartung von jedem Bürger in Europa. Im Norden oder Süden, in Ost oder West. Das ist die Hoffnung aller Bürger. Ihre Geduld ist zu Ende. Mehr Sparmaßnahmen nehmen die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr hin. Mehr Angst werden sie nicht tolerieren. Die Bürgerinnen und Bürger sind bereit, für ihre Würde und die Europäische Linke zu stimmen. In allen Ecken Europas. Die Bürger sind optimistisch, dass wir die Sparmauer abreißen werden, die von den drei Musketieren der Austerität gebaut wurde: von den Konservativen, den Liberalen und den Sozialdemokraten. Am 25. Mai wir stimmen nicht über die Dosierung



von Sparmaßnahmen ab. Wir stimmen für die sofortige Kündigung. Wir stimmen für die Änderung der Politik. Für Demokratie, Gerechtigkeit und Wachstum. Darum wählen wir die Europäische Linke. Ich bin zuversichtlich, dass wir ein Keil im neoliberalen Konsens werden. Die Europäische Linke wird die dritte politische Kraft im nächsten Europaparlament. Die Europäische Linke wird eine führende Rolle bei der Entwicklung Europas spielen. Es wird immer deutlicher, jeden Tag, der vergeht. Wir werden die Vergangenheit hinter uns lassen. Herrn Juncker, der der Vorsitzende war in allen Treffen der Eurogroups, wo die Sparmemoranden beschlossen wurden. Und der persönlich die Schuld am Misserfolg der Sparprogramme trägt. Und Herrn Schulz, der nach einer politischen Einigung zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten Präsident des Europäischen Parlaments wurde. Herr Schulz zeigte in der kritischen Phase der Krise keinen erkennbaren Unterschied zu der Haltung seines konservativen Vorgängers. Wir werden Guy Verhofstadt und Olli Rehn, das „entschlossene Duett“ der Liberalen, wie ihr Vorsitzende Graham Watson sie genannt hat, hinter uns lassen. Olli Rehn ist das Symbol der Sparpolitik in Europa. Die Liberalen versuchen, die Wähler zu täuschen. Sie verstecken ihn hinter dem Herrn Verhofstadt. Jede Stimme für Juncker, Schulz und Verhofstadt ist ein „Ja“ für die Fortsetzung der Sparpolitik. Genau wie jede Stimme, die verloren geht, weil die Leute zu Hause bleiben, auch wenn manchmal aus Gründen, die man respektieren muss. Diejenigen, die Europa kritisch betrachten, aber progressiv denken, müssen als allererste zur Wahlurne

Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, Ich werde es noch einmal wiederholen: Das neoliberale europäische Establishment, Merkel und ihre politischen Verbündeten verwendeten die Krise, um die politische Nachkriegsordnung der Wirtschaft Europas neu zu bauen. Um den angelsächsischen neoliberalen Kapitalismus zu etablieren. Mit Hilfe von Mythen und Populismus. Am Anfang sagten sie, die Griechen sind faul, darum sind sie bankrott. Aber als die Krise tiefer wurde, wagten sie nicht, es zu wiederholen. Sie sagten auch, dass Griechenland mit dem Geld der Steuerzahler Nordeuropas gerettet wurde. Aber sie haben wieder gelogen. Mit Eurem Geld haben sie die europäischen Banken gerettet. Darum haben sie die Staatsschulden Griechenlands nicht umstrukturiert. Das heißt, mit Eurem eigenen Geld habt Ihr die europäischen Banken und die neoliberalen Regierungen Europas gerettet. Von den an Griechenland ausgezahlten

Darlehen gehen nur 1,6 Prozent an den Staatshaushalt, d.h. 5,3 Mrd. Euro. Der Rest kommt aus einer Tasche heraus, und geht sofort in die gleiche Tasche hinein. Und nur, wenn die selbstzerstörerischen Voraussetzungen des Memorandum erfüllt werden. Das Geld fließt sofort in ein spezielles, geschlossenes Konto für die Rückzahlung früherer Darlehen. Das ist die Realität. Und damit dies geschehen kann, Griechenland ist zum siebten Mal in Folge in der Rezession gestürzt. Denn im Gegensatz zu den Aussagen der Komplizen, die von einer Erfolgsgeschichte reden, nichts ist gerettet. Im Gegensatz zu den Prognosen der Komplizen, prognostiziert die OECD in diesem Jahr wieder eine von 0,3 Prozent Rezession für Griechenland. Und schüchternes Wachstum erst ab 2015 – und dies unter Bedingungen. Die Troika hat behauptet, dass die Wirtschaft ab 2012 wieder wachsen sollte. Jetzt warten wir auf 2015 – und mal sehen.

Jeder vernünftige Mensch, der einfache Bundesbürger, der einfache niederländische Bürger, finnische Bürger und andere, muss sich fragen: Würde man in ihren Ländern eine Arbeitslosenquote von fast 30 Prozent tolerieren? Eine beispiellose humanitäre Krise für ein europäisches Land, in Zeiten des Friedens? Kleine Kinder, die in der Schule ohnmächtig vor Hunger werden? Mittelständische Unternehmer, die wegen der Schulden Selbstmord begehen? Rentner, die kein Geld haben, um ihre Medikamente zu kaufen? Gibt es ein europäisches Land, deren Bürger solche Lebensbedingungen tolerieren würden? Würdet Ihr diese Geschichte als „success story“ beschreiben? Die Befürworter der Sparmaßnahmen sprechen von einer Erfolgsgeschichte. Frau Merkel, Herr Samaras mit seinem Assistenten Herrn Venizelos, Herr Juncker und das Duo Guy Verhofstadt – Olli Rehn. Sie sprechen über Erfolge, um die Sparmaßnahmen fortzusetzen. Sie versprechen, die moderne grie-

chische Tragödie sofort zu beenden. Und sie wird sofort beendet. Weil ich Euch versichern kann, dass Syriza einen großen Sieg am 25. Mai erreichen wird. Einen Sieg, der das Ende der Regierung Samaras bedeutet, und den Anfang vom Ende der Sparpolitik in Europa. Merkels Lieblingsregierung, die Regierung Samaras, wird in ein paar Tagen keine Mehrheit mehr haben. Und es tut mir leid, das hier in Berlin sagen, und die Bundeskanzlerin unglücklich machen zu müssen. Bald wird die Bundeskanzlerin mit einer linken Regierung in Griechenland zu tun haben. Eine Regierung, das verspreche ich, die auch für Eure Interessen verhandelt wird. Unser Streit mit Frau Merkel hat keinen nationalen Charakter, es ist ein politischer und sozialer Streit. Die beste Botschaft für die Arbeiter im Norden wird das Ende der Sparmaßnahmen im Süden sein. Die Botschaft, dass die Abwertung ihrer Arbeitskraft stoppen wird. Dass ihre Rechte geschützt werden.

Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, ich will dass Ihr das alles wisst und dann auch den deutschen Bürger wissen lasst. Man hat in Griechenland und im europäischen Süden die Sparprogramme nicht verhängt, um die Schuldenkrise zu bewältigen. Der Beweis dafür ist, dass vor dem Programm die Staatsschulden in meinem Land 124 Prozent waren, heute nach vier Jahren mit harten Maßnahmen sind 175 Prozent. Noch dazu haben wir eine zerstörte industrielle Basis, eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit und ein Land kurz vor der humanitären Krise. Trotz der schrecklichen Sparmaßnahmen sind die griechischen Staatsschulden nicht nachhaltig gebessert geworden. Weil es nie Ziel war, sie tragbar zu machen. Ziel waren die Austerität an sich, die Privatisierungen, die neoliberalen Reformen. Die griechische Staatsverschuldung wird nicht tragbar ohne mutige Initiativen, ohne eine drastische Streichung von

einem großen Teil des Nennwertes der Schulden, genau wie es mit Deutschland im Jahr 1953 passiert ist. Als Europa ihre Solidarität einmalig demonstriert hat. Wenn unsere Staatsschulden nicht tragbar werden, erst dann werden sie zu einer echten Belastung und einer Bedrohung nicht nur für Griechenland, sondern für die gesamte Eurozone. Diejenigen, die denken, dass die Verschuldung Griechenlands und die ausstehende Frage ihrer Nachhaltigkeit eine Verhandlungswaffe sind, sollten inzwischen gelernt haben, dass diese Waffe nach hinten losgehen kann.

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass alle Blicke noch einmal nach Griechenland gerichtet sind.

Die diesjährige Sommeruni der Partei der Europäischen Linken wird in Deutschland stattfinden, 60km nördlich von Berlin (23.-27.7.). Weitere Infos folgen bald.



9. Sommeruniversität
der Partei der
Europäischen Linken
Werbellinsee, 23.-27. Juli 2014
www.european-left.org

DIE LINKE.

Aber dieses Mal mit Freude und mit Optimismus. Aus Griechenland begann der Teufelskreis von Austerität und sozialer Verzweiflung. Aus Griechenland wird nun die Veränderung beginnen. Aber Ihr müsst wissen: Wir, Syriza, rechnen vor allem mit der Solidarität des deutschen Volkes, mit Euren Unterstützung, liebe Genossinnen und Genossen der Linken! An diesem Punkt möchte ich mich im Namen des griechischen Volkes und Syrizas bei Euch bedanken. Für die aufrichtige Unterstützung seitens der Linken für eine großes ungelöste moralische und politische Frage. Für die Kriegsreparationen und insbesondere die Rückgabe der Zwangsanleihe, die immer noch aussteht. Mit dieser Zwangsanleihe hat Nazi-Deutschland den Krieg finanziert. Darum ist diese Unentschiedenheit kein bilaterales Problem. Es ist ein europäisches Problem und muss zu einem Ende kommen. Und die Lösung wird eine moralische Rechtfertigung für alle Völker sein. Wir haben die Chance. Wir, Syriza, Die Linke und die Partei der Europäischen Linken können und müssen Botschafter für eine neue Einheit zwischen Griechen und Deutschen werden. Zwischen allen Völkern Europas.

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, in den wenigen Tagen bis zur Wahl für das Europa von morgen werden wir zusammen um jede Stimme kämpfen. Um die Menschen, die zögern oder politische Bedenken haben, zu den Wahlurnen zu mobilisieren. Wir gehen von Tür zu Tür. Um die europäische Linke zu stärken, damit sie das Alltagsleben der Bürger in Europa entscheidend beeinflussen kann. Wir sind die Kraft der Hoffnung und der Perspektive. In diesem Kampf versuche ich mit aller Kraft beizutragen, als Euer Kandidat für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission. Eure Wahl ist eine Ehre für die griechischen Menschen, die unter der Sparpolitik leiden. Es ist eine Ehre für alle Völker des Südens, für alle Völker Europas, die gegen die Sparpolitik sind. Der Kandidat der Europäischen Linken verbindet, was der Neoliberalismus trennt. Die Linke vereint die Menschen in Europa, durch ein politisches Projekt für die Wiederherstellung eines demokratischen, sozialen und ökologischen Europas.

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, dieser Mai ist der Mai Europas. Dieser Mai ist der Mai der jungen Menschen, der Frauen, der Arbeitslosen, der Arbeitswelt und der Kultur. Dieser Mai ist unser. Wir werden die angenehme Überraschung dieser Wahl sein. Mit unserer Stimme gestalten wir unser Schicksal. Wir halten unser Leben in unseren Händen. Wir werden es schaffen!

Ich danke Euch sehr.

Neu erschienen: Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik Nr. 27, Mai 2014. Thema: Das Sudetendeutsche Museum in München. Eine Studie von Renate Hennecke. 8 Seite DIN A4.

Inhalt: Für den Bau eines Sudetendeutschen Museums in München wurden 20 Millionen aus dem bayerischen Sozialetat bereit gestellt – Plan vom Landtag abgenickt • Das Konzept von Marita Krauss • Das Sudetendeutsche Museum – ein Leuchtturmprojekt der Schirmherrschaft • Der wissenschaftliche Beirat des Sudetendeutschen Museums • Die Sudetendeutsche Stiftung

Leseprobe:

Für den Bau eines Sudetendeutschen Museums in München wurden 20 Millionen aus dem bayerischen Sozialetat bereitgestellt – Plan vom Landtag abgenickt

Für das in München geplante Sudetendeutsche Museum wird der Freistaat Bayern auf einem Grundstück neben dem Sudetendeutschen Haus (Hochstr. 8, in unmittelbarer Nähe zum Gasteig) als „staatliche Hochbaumaßnahme“ einen Neubau errichten. Das bislang der Sudetendeutschen Stiftung gehörende Grundstück wird unentgeltlich dem Freistaat Bayern übereignet. Dieser wird Eigentümer des darauf zu errichtenden Gebäudes sein und es per Nutzungsüberlassungsvertrag der Sudetendeutschen Stiftung für ein nichtstaatliches Museum zur Verfügung stellen. Die Staatsregierung beabsichtigt, den Betrieb des Museums gemäß ihrem Kulturkonzept finanziell zu unterstützen. Für den Neubau muss das frühere Konzept von Prof. Dr. Marita Krauss (Universität Augsburg), das für den bestehenden Bau des Sudetendeutschen Hauses entwickelt wurde, „weiterentwickelt und angepasst“ werden. Die neue Museumskonzeption soll von der Sudetendeutschen Stiftung als Trägerin in enger Abstimmung mit der Staatsregierung als Bauherr und mit dem Wissenschaftlichen Beirat sowie der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern entwickelt werden. Zur Finanzierung des Vorhabens hat der Freistaat Bayern im Doppelhaushalt 2013/14 insgesamt 20 Millionen Euro, die Bundesregierung im Haushalt 2013 insgesamt zehn Mio. Euro bereitgestellt. Die Zeitpunkte für Baubeginn und Eröffnung sind ungewiss.

All dies teilte das bayerische Sozialministerium (zuständig für die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen) am 28.6.2013 den Freien Wählern im bayerischen Landtag auf deren Schriftliche Anfrage mit (Drucksache 16/17539 vom 31.7.2013).

Seit der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber am 4. Juni 2006

in seiner Rede zum Sudetendeutschen Tag seinen Entschluss verkündet hatte, in München ein zentrales Sudetendeutsches Museum errichten zu lassen, war es immerhin das zweite Mal, dass die Landesregierung es für angebracht hielt, dem Parlament einige konkrete Informationen über das Vorhaben zukommen zu lassen. Ein gutes Jahr vorher, am 22.3.2012, hatte sie auf Anfrage der vertriebenenpolitischen Sprecherin der CSU, Christa Matschl, erstmals über den erweiterten Umfang des Projekts (Neubau statt Museum im vorhandenen Sudetendeutschen Haus), seine inhaltlichen Schwerpunkte und die Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirats informiert:

„... Das Museum soll als Neubau angrenzend an das Sudetendeutsche Haus in München errichtet werden. Als mehrgeschossiger Bau wird es aufragend über dem Isarufer ein markantes und bereicherndes Element in der Stadtsilhouette Münchens sein...“

(...)

Zusammenfassung

Für das Sudetendeutsche Museum in München, das von der Sudetendeutschen Stiftung betrieben werden soll, werden erhebliche Steuergelder bereitgestellt, ohne dass eine politische Auseinandersetzung über die Verwendung stattfindet. Von der Staatsregierung wird der Landtag als nicht zuständig für konzeptionelle Entscheidungen behandelt; im Landtag gibt es keine Kraft, die hinsichtlich des Museums nicht grundsätzlich konform mit der CSU gehen und eine politische Auseinandersetzung mit der Rolle der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrer Nebenorganisationen für erforderlich halten würde.

April 2014, Renate Hennecke

Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – Institutionalisierte Politik Nr. 27, Mai 2014. Thema: Das Sudetendeutsche Museum in München. Diese Ausgabe wird gefördert durch den Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern, www.kurt-eisner-verein.de und durch das Forum Linke Kommunalpolitik München e.V. (E.i.S.), www.flink-m.de.

Sämtliche Ausgaben der Studienreihe dokumentiert bei www.flink-m.de/studienreihe.0.html

Linke-Parteitag: Vor wichtigen Wahlen	2
Blick zurück, relative Geschlossenheit zu Wahlen – schön und gut, aber was sind die konkreten Projekte und Vorschläge der Linken?	4
Auslandsnachrichten	6
Norwegen: Gegen Personalpolitik bei Billigfluggesellschaft • Türkei: ITF warnt Arbeitgeber • Türkei: Durchbruch bei DHL • Türkei: Textilbetrieb behindert Gewerkschaften • Bangladesch: 25 Millionen US-Dollar fehlen im Fonds • USA: Arbeitsrechte für Tabakarbeiter • Bolivien: Einigung über neues Minengesetz • Ekuador: Verfolgung von Gewerkschaftern stoppen	
Aktionen ... Initiativen	8
Rückt Lebensmittelbehörde Efsa noch näher an Industrie? • Roma-Flüchtlinge haben kein „sicheres Herkunftsland“ • Textilhandelshäuser gesetzlich in die Pflicht nehmen • Runder Tisch als Imagekampagne – Landesregierung verzweifelt • Steigender Reichtum, wachsende Spaltung? Paritätischer fordert Kurswechsel • Milliardenplus zur Armutsbekämpfung einsetzen • Großdemonstration zu Lande und zu Wasser am 10. Mai	
Gutes Ergebnis bei Wahl zum Rat der Stadt Goslar für Die Linke	10
Pro Köln: Wahlkampf mit Pogromstimmung	11
Mannheim: Was es in den letzten fünf Jahren im Gemeinderat ohne Die Linke nicht gegeben hätte...	12
München: Nach enttäuschendem Kommunalwahlergebnis: Kreisvorstand der Münchner Linken zurückgetreten!	13
Kommunale Politik	14
SPD-Kürzungspolitik gefährdet Kinder- und Jugendarbeit: Hamburg. • Armutsvoyeurismus à la CDU: Dortmund. • Lärm macht krank! Frankfurt a.M. • Schwarzgrüner Realitätsverlust: Bonn. • EABG-Tarifvertrag sofort umsetzen: Essen. • SÖS-Linke: Ab ins Regal: Stuttgart. • Heftige Diskussion im Rat um Rückkauf der Stadtwerke. Velbert. • Hartz IV-Empfängerzahlen im April: Berlin. • Verfehlte Bundespolitik verschärft soziale Spaltung. Hannover.	
Sind 45 Jahre Rentenbeiträge genug?	16
Ärzte, Lokführer und Piloten mobilisieren gegen Tarif- und Gewerkschaftseinheit	17
Wirtschaftspresse	17
Die Geschichte der Ukraine	18
Tsipras: „Mit unserer Stimme gestalten wir unser Schicksal“	21
Für den Bau eines Sudetendeutschen Museums in München wurden 20 Millionen aus dem bayerischen Sozialetat bereitgestellt – Plan vom Landtag abgenickt	23
Kroatien, die EU und eine Neue Linke	24

Kroatien, die EU und eine Neue Linke

Die Rosa Luxemburg Stiftung hat jetzt online einen interessanten Artikel zur aktuellen Situation in Kroatien veröffentlicht, auf den wir hier hinweisen wollen und auszugsweise die wesentlichen Thesen wiedergeben. Vollständig unter: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/europa-und-die-neue-linke-in-kroatien/>

Stipe Curkovic, leitender Redakteur der kroatischen Ausgabe von *Le Monde Diplomatique* und Mitbegründer der *Center of Labour Studies* in Zagreb, schreibt zum Thema „Europa und die Neue Linke in Kroatien“:

Mit dem EU-Beitritt ist am 1. Juli 2013 eine Epoche zu Ende gegangen, in der es in Kroatien vor allem um eines ging: „Wieder Europa werden!“

Selbst der kroatische Nationalismus der 1990er, dem gemeinhin Antieuropäismus vorgeworfen wurde, sah sich als Mittel zu diesem Zweck. Tudman strebte nicht nach Autarkie, sondern nach „westlicher Integration“. Diese wurde von ihm als vermeintliche Rückkehr Kroatiens in den „westeuropäischen Kulturkreis“ propagiert. Im Narrativ der Nationalisten bedeutete dies zugleich, alle Verbindungen zum Balkan aufzulösen, der als kulturrassistisch aufgeladener Gegenpol zu Europa fungierte.

Aber die Nationalisten waren nicht die einzigen, die eine „Rückkehr nach Europa“ anstrebten. Auch reformorientierte Teile der politischen und gesellschaftlichen Eliten operierten innerhalb dieser Dichotomie: Europa versus Balkan. Als der Nationalismus mit dem Ende des Krieges 1995 seine unmittelbare Mobilisierungsfunktion einbüßte, distanzieren sie sich immer expliziter von Tudmans Ethnochauvinismus. An dessen Stelle trat die Verknüpfung wirtschaftsliberaler Prinzipien mit einem europatauglicheren Menschenrechtsdiskurs.

Unter der Führung des Sozialdemokraten Ivo Račan kam im Jahr 2000 eine sozialdemokratisch-liberale Koalition von sechs Parteien an die Macht, mit dem deklarierten Ziel, den blockierten Europaintegrationsprozess fortzuführen. Die soziale Brisanz vertiefter neoliberaler Reformen wurde durch kreditfinanziertes Wachstum und den Konsum importierter westlicher Waren entschärft, der scheinbare Anschluss an einen „europäischen“ Lebensstandard mit dem Preis der strukturellen Schwächung der kroatischen Wirtschaft bezahlt.

Der Wahlsieg einer europäisierten

HDZ unter der Führung Ivo Sanaders im Jahr 2003, änderte abermals nichts an dieser Grundausrichtung. Bis zu seinem abrupten Rücktritt aufgrund von Korruptionsskandalen im Juli 2009, galt Sanaders als Wegweiser eines modernen, normalisierten Konservatismus.

Diese kurze Geschichte der kroatischen Europa-Debatten verdeutlicht die Konsens stiftende Kraft der Erzählung von einer „Rückkehr nach Europa“.

Unter diesen Bedingungen fehlte einer linken Kritik an Neoliberalisierung und kapitalistischer Restauration der gesellschaftliche Resonanzboden. Erst im Zuge der stark links geprägten Studierendenbewegung von 2009 begann Neoliberalismuskritik in Teilen der Medien und der Öffentlichkeit eine gewisse Verbreitung zu finden. Aus dem Umfeld der Studierendenbewegung ist jedoch ein lebendiges Netzwerk oft explizit kapitalismuskritischer Organisationen und Initiativen entstanden. Diese Konstellation wird gemeinhin als die Neue Kroatische Linke bezeichnet.

Die Neue Linke hatte sich keine Illusionen gemacht, den Ausgang des Beitrittsreferendums relevant zu beeinflussen. Mit dem Versuch, eine EU-Kritik von links zu formulieren, sollte verhindert werden, dass Anti-EU-Positionen von der politischen Rechten vereinnahmt werden.

Das jahrzehntelang beschworene Ziel einer EU-Mitgliedschaft ist seit Sommer dieses Jahres erreicht. Gesellschaftliche Widersprüche lassen sich nicht mehr so leicht mit Verweis auf vermeintliche automatische Lösungen entschärfen. Neue Debatten stehen an.

Für die Linke ist dies eine Chance und eine Gefahr zugleich. Ein ungarisches Szenario mitsamt ‚kroatischem Orban‘ ist nicht auszuschließen. Die wachsende Stärke einer organisierten Linken in Slowenien, wie die „Initiative für Demokratischen Sozialismus“ lässt jedoch auch andere Entwicklungen möglich scheinen. Gleichzeitig steckt die kroatische Linke noch in den Kinderschuhen, hat ernste Schwächen. Auch fehlt es an plausiblen positiven Gegenentwürfen zur dominanten neoliberalen Krisenbewältigung. Diese müssen – angesichts der neuen Realität einer EU-Mitgliedschaft – in enger Zusammenarbeit mit der europäischen Linken erarbeitet werden.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in fünf Wochen am 23. Juni 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 20. Juni.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2014:

17. Juli, 14. August, 18. September, 16. Oktober, 13. November, 11. Dezember.